

# **Arbeit, Interessen, Politik – primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik und Öffentlichkeit**

## **– Anknüpfungspunkte und weitere begriffliche Klärungen<sup>1</sup>**

### Abstract:

Arbeitspolitik ist in den 1980er Jahren von einer Forschungsgruppe um F. Naschold am internationalen Institut für vergleichende Gesellschaftspolitik/Arbeitsforschung (IIVG) des WZB als ein „forschungspolitisches Paradigma“ in die arbeits- und sozialwissenschaftliche Diskussion als eingeführt worden. Gewisse Unschärfen haben allerdings zu einem uneinheitlichen und zugleich inflationären Gebrauch des Begriffs geführt. Eine Forschungsgruppe an der sfs hat Anfang der 1990er Jahre unter Verwendung eines eher engen Politikbegriffs versucht, den Begriff im Rahmen eines Konzepts „stabiler institutioneller Reformen“ zu präzisieren und zu nutzen. Unterschätzt wurde bei der entsprechenden Fokussierung auf die institutionelle Handlungsebene das Maß in dem eine Erosion der Institutionen der Arbeit bereits damals vorangeschritten war und sich weiter dynamisierte. Im Folgenden wird in Anknüpfung an diese Arbeiten versucht, im Anschluss an einen Vorschlag von F. O. Wolf über eine Differenzierung von „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitspolitik, den Blick für das Entstehen neuer arbeitspolitischer Handlungsansätze auf der Ebene alltäglicher Arbeitserfahrung und alltäglichen Arbeitshandelns zu schärfen. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, dass für eine solche Erfassung von Prozessen der Entstehung des Politischen, eine Anknüpfung an die Arbeiten von H. Arendt weiterführend ist, auch wenn deren - auf ihren Politikbegriff relational bezogener, dabei aber unentfaltet gebliebener - Arbeitsbegriff, in diesem Zusammenhang unbrauchbar bleibt. Des Weiteren wird vorgeschlagen, zur genaueren Klärung der Frage, wann denn von primärem arbeitspolitischem Prozessen und nicht nur von leidenschaftlichen Interessenkonflikten gesprochen werden kann und wie arbeitspolitische Ansätze entfaltet werden können, auch auf Überlegungen zurückzugreifen, die O. Negt und A. Kluge in ihrer Untersuchung über „Öffentlichkeit und Erfahrung“ entwickelt haben.

### **1. Einleitung**

Die modernen analytischen Wissenschaften gründen sicherlich auf allen drei Wissensorten, wie sie Aristoteles beschrieben hat<sup>2</sup> vor allem aber doch auf der

---

<sup>1</sup>Der Text entstand als vorbereitendes Arbeitspapier für das Forschungsprojekt „Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit“, das von Sommer 2007 bis Frühjahr 2009 an der sfs durchgeführt worden ist. Es wurde auf der Homepage des Projekts ([www.standortkonflikte.de](http://www.standortkonflikte.de)) veröffentlicht.

‚techne‘ also darauf, dass sie universale Urteile anhand theoretischer Modellannahmen überprüfen und, in den modernen Naturwissenschaften, durch den Transfer von Ergebnissen ihrer Laborversuche in die menschliche Lebenswelt die empirische Wirklichkeit in einer gegenüber der Vormoderne neuen Qualität verändern.<sup>3</sup> Die ‚Objektivität‘ Wissenschaftlicher Erfahrung besagt vor diesem Hintergrund, dass „was durch die Methodik der Wissenschaften als abgesicherte Erfahrung gelten darf, (...) dadurch ausgezeichnet (ist), dass es von jeder Situation des Handelns und jeder Integration in den Zusammenhang eines Handelns grundsätzlich unabhängig ist“ (Gadamer 1993, 12). Dabei gibt es einen unaufhebbaren Gegensatz zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis: „Die Wissenschaft ist wesentlich unabgeschlossen – die Praxis verlangt Entscheidungen im Augenblick. So bedeutet die Unabgeschlossenheit aller Erfahrungswissenschaft nicht nur, dass sie aufgrund ihrer beständigen Bereitschaft, neue Erfahrungen zu verarbeiten, einen legitimen Universalitätsanspruch erhebt, sondern auch, dass sie diesen Universalitätsanspruch nie ganz einzulösen vermag.“ (Gadamer 1993, 14f) Wissenschaftliche Arbeit setzt daher die Schärfung des begrifflichen Instrumentariums ebenso voraus wie die Entwicklung methodischer Instrumente. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt ist das Ergebnis systematischer Kumulation der über solche Vorgehensweisen gewonnenen Einsichten. Begriffe werden geklärt, hinsichtlich der Gegenstandsbereiche, auf die sie angewandt werden sollen, spezifiziert und ggf. verändert, Methoden überprüft, weiterentwickelt usw. All dies findet zugleich innerhalb von Gesellschaften statt, die sich selbst verändern, seit Be-

---

<sup>2</sup>Also: „‚aisthesis‘ (als unmittelbares Wissen, als Wissen, um Differenzen, zumeist als ‚Wahrnehmung‘ übersetzt (...)), ‚empereia‘ (zumeist als ‚Erfahrung‘ übersetzt (...)) und ‚techne‘, die ein einziges universales Urteil aus vielen Erfahrungsinhalten produziert“ (Wolf 2003, 1)

<sup>3</sup>Die emanzipatorische Dimension dieser neuen Qualität prägte das Denken des 19. Jahrhunderts und wurde gerade auch in der Tradition des marxistischen Denkens betont – bei den Nachfolgern von Marx z. T. mit einem geradezu emphatischen Fortschrittsoptimismus, was z. B. W. Benjamin zu der Feststellung veranlasst hat, nichts habe die Arbeiterbewegung mehr korrumpiert, als eben dieser Fortschrittsglaube. Die zugleich immer auch zerstörerische Seite des „losgelassenen Prozesses der Moderne“ ist in der neueren soziologischen Diskussion vor allem im Zuge des Risikodiskurses (Beck 1986) betont worden, die insbesondere darauf aufmerksam gemacht hat, dass mittlerweile die gesamte menschliche Lebenswelt zum Großlabor der Naturwissenschaften geworden ist. Sie findet sich auf der Ebene theoretischer und philosophischer Reflexionen, außerhalb von älteren fortschrittsfeindlichen konservativen Strömungen, schon früh bei Autorinnen wie z. B. H. Arendt, v. a. in den nachgelassenen Schriften, z. B. den Denktagebücher aus den 1950er Jahren, die allerdings erst jetzt posthum veröffentlicht wurden (Arendt 2003) oder in den Schriften zur Politik (Arendt 1993, vgl. insbesondere S. 80ff). H.-G. Gadamer (1993, 19) argumentiert ähnlich, wenn er konstatiert: „Die Atombombe erweist sich mehr und mehr als ein bloßer Spezialfall der weltweiten Selbstgefährdung der Menschheit und ihres Lebens auf diesem Planeten, zu der die Wissenschaft geführt hat und zu deren Abwendung sie das ihre zu tun hat.“

ginn der Moderne – und der modernen Wissenschaften – mit einer besonders ausgeprägten Dynamik. Wissenschaft findet damit aber auch immer in gesellschaftlichen Verwendungszusammenhängen statt.<sup>4</sup>

Einige Wortführer in der jüngsten sozialwissenschaftliche Debatte um neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion haben nun in Absetzung von der frühen Annahme von D. Bell zur „nachindustriellen Gesellschaft“ (Bell 1975), dass Verwissenschaftlichung zur Ablösung politischen Streits und politischer Entscheidung aufgrund schließlich verfügbaren wissenschaftlichen Wissens führe, argumentiert, dass wir heute, u.a. im Zeichen der „Entzauberung der Wissenschaften“ (Beck/Bonß 1989) und des Diskurses um die Risikogesellschaft (Beck 1986) mit einer Entleerung des epistemologischen Kerns der Wissenschaften konfrontiert seien (Nowotny u.a. 1999). So berechtigt Zweifel an einer wissenschaftlich begründeten nicht nur Versachlichung sondern Ablösung des politischen Streits in Zeiten sein mögen, in denen zu jedem Gutachtern das Gegengutachten wohlfeil ist, muß diese These doch als eine heillose Überinterpretation der von Beck/Bonß beigebrachten Befunde bezeichnet werden (vgl. auch Martens 2007a, 39ff). Die moderne Gesellschaft ist so sehr eine auf die analytischen Wissenschaften gegründete „Wissenschaftsgesellschaft“ (Kreibich 1987), die u.a. auf einer weiteren Kumulation wissenschaftlich gewonnenen Wissens beruht, und diese Kumulation findet so unübersehbar statt, dass diese weitgehende These geradezu abenteuerlich ist. Allerdings weist die Philosophie uns zu recht darauf hin, dass Wahrheitssuche – als Kern des Selbstverständnisses der Wissenschaften – und der WissenschaftlerInnen, die sich unter der „Akteursfiktion des Wahrheitssuchenden“ begegnen (Schiemank 1988) – letztlich auf das sokratische Gespräch zurückverweist – und damit auch auf den hier noch ungeschiedenen Kern politischer Wahrheitssuche (Wolf 2002, Seitter 2001). Die Frage nach Wahrheit, bzw. danach, was als wahr gelten soll, verweist deshalb auch immer auf die gesellschaftlichen Machenschaften mit der Wahrheit (Foucault) und auf Wahrheitspolitik (Wolf 2002), muss letztlich also im politischen Prozess der Gesellschaft entschieden werden. Die von Nowotny u.a. aufgeworfene Frage, wie wir heute, angesichts des Diskurses über die Risikogesellschaft zu einem „robusten Wissen“ kommen können, ist von daher nur

---

<sup>4</sup>Auf Aspekte der innerwissenschaftlichen Reflexion dieses Umstands kann hier nur summarisch verwiesen werden. Dieser Prozess und Zusammenhang ist in der jüngsten Debatte in den Kategorien der „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ und der „Vergesellschaftung der Wissenschaften“ breit diskutiert worden (Weingart 2001, Franz u. a. 2003) und hat im Blick auf die Bedeutung der Wissenschaften – vor allem natürlich der Naturwissenschaften - für die Entwicklung der modernen Gesellschaften z. B. zu dem Vorschlag geführt, die moderne, postindustrielle Gesellschaft als „Wissensgesellschaft“ zu betrachten (Willke 1995, 1999, Stehr 2001, Boeschen/Schulz-Schäffer 2003). Zur kritischen Diskussion des Konzepts der Wissensgesellschaft und seiner gesellschaftswissenschaftlichen Leerstellen vgl. Martens 2004b.

allzu berechtigt. Der Versuch einer Antwort, die einerseits die spezifische Leistungsfähigkeit der Wissenschaften dabei grundlegend in Frage und andererseits bei dem Verweis auf die Agora als Ort der Herstellung robuster Wahrheiten die fortschreitende Zerstörung öffentlicherpolitischer Räume (Bauman 1999) nicht systematisch in Rechnung stellt, ist allerdings in keiner Weise hilfreich. Wenn bei dieser Antwort mit dem sogenannten „mode2“ der Wissensproduktion letztlich nur noch Wissensarbeit übrig bleibt, über deren Nützlichkeit und Verwertbarkeit nur noch in jeweiligen Anwendungskontexten entschieden werden kann, kann das, was angezielt ist, nämlich robustes Wissen, gerade nicht entstehen (Martens 2007a, 41ff).

Nun arbeiten wir als Sozialwissenschaftler, sofern wir nicht meinen, uns in der Logik der hoch problematischen schematischen Unterscheidung der modi 1 und 2 der Wissensproduktion allein auf Arbeiten im „mode 1“ zurückziehen zu können, also salopp gesagt, in den Elfenbeinturm, in der Tat immer ganz bewußt in gesellschaftlichen Verwendungszusammenhängen. Dabei arbeiten wir, notwendiger Weise, immer auch mit Begriffen, die wir aus den außerwissenschaftlichen Diskursen der Gesellschaft entnehmen und dann nach unseren Regeln in die innerwissenschaftlichen Diskurse überführen. M. Faust (1998) hat dies im Hinblick auf einige der neueren Modernisierungsmythen (Deutschmann 1997) - die die gesellschaftliche Entwicklung in den gegenwärtigen Umbruchsprozessen vorantreiben helfen und an die beratungsnah arbeitende Wissenschaftler anknüpfen (müssen) - , sehr plastisch als einen Prozess des fast atemlosen Hinterherlaufens beschrieben. Wir haben in den Sozialwissenschaften nun allerdings nicht nur gelegentlich das Problem, dass wir in dieser Weise gewissermaßen realen gesellschaftlichen Prozessen hinterhereilen. Die Vielschichtigkeit, Flüchtigkeit<sup>5</sup> und Komplexität unserer Gegenstandsbereiche und die gerade im Hinblick auf die stetige Rückbezüglichkeit auf den politischen Prozess der Gesellschaft zu erklärende Ausdifferenzierung unterschiedlicher

---

<sup>5</sup>Flüchtig wird an dieser Stelle nicht im Sinne der, im Übrigen sehr erhellenden, Unterscheidung von Z. Bauman zwischen „flüchtiger Moderne“ im Zeichen einer postindustriellen Netzwerkökonomie und einer „schweren Moderne“ des industriellen Kapitalismus verwendet. Es geht hier eher darum, in einer evolutionären Perspektive die Entstehung sozialer Prozesse als eine sehr späte auf Prozessen biologischer Evolution auflagernder Entwicklung zu verstehen. Im Sinne dieser Unterscheidung kann man dann sagen, dass soziale Systeme von vorne herein und immer offenere, hybridere und eben flüchtigere Konstrukte sind und sich rascher verändern, als z. B. biologische Systeme. Auch vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung ist es problematisch, wenn die Luhmann'sche Systemtheorie soziale Systeme als autopoietische Systeme dritter Ordnung in Analogie zu den biologischen Systemen erster und zweiter Ordnung (Ein- und Mehrzeller) als ähnlich geschlossene Entitäten zu fassen sucht – ganz abgesehen davon, dass dies ohnehin nur ein Analogieschluss ist, der die Annahme des geschlossenen sozialen Systems und seiner Autopoiesis von vorne herein problematisch macht.

Theorieangebote führen auch dazu, dass wissenschaftlich genutzte Begriffe über lange Zeit sehr unscharf verwendet werden können - zumindest innerhalb jeweiliger Strömungen. So sind z. B. in der Tradition marxistischen Denkens Begriffe wie Kapital, Arbeit, Klasse, Wert oder Interesse, die innerhalb von deren Theoriegebäude zentral sind, immer wieder präzise definiert und diskutiert, andere hingegen wenig ausgearbeitet worden. Das gilt z. B. für Kategorien wie die der Institution oder der Politik.<sup>6</sup>

In Zeiten, in denen die Sozialwissenschaften in wachsendem Maße unter den Druck geraten, sich im Hinblick auf die Nützlichkeit und Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse zu legitimieren – weshalb dann z.B. ihre Ergebnisse am Maßstab der Hastigkeit politischer Entscheidungen und dafür benötigter Expertise bemessen werden, was sich im innerwissenschaftlichen Diskurs derzeit in der schematischen Unterscheidung des sogenannten „mode 1“ und „mode 2“ sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion (Nowotny u.a. 1999, kritisch Martens 2007a) reflektiert - ist die Herausforderung zu sorgfältiger begrifflicher Arbeit u. U. besonders groß. Empirischen Sozialforscher, die bewußt *auch* anwendungsorientiert arbeiten, sich also im Verständnis von Nowotny u. a. im „mode 2“ bewegen, ohne sich deshalb auf die schematische Unterscheidung beider modi einlassen zu wollen, kann es so, wie dem Autor, bisweilen so ergehen, dass sie ziemlich überrascht auf eigene, zu einem bestimmten früheren Zeitpunkt „liegen gebliebene“ begriffliche Vorarbeiten zurückkommen, nachdem sie zunächst versucht haben, im Blick auf neue empirische Entwicklungen und Herausforderungen, hilfreiche begriffliche Instrumente bei anderen, prominenteren, Autoren zu finden - nicht zuletzt in der Absicht, zum besseren Verständnis neuerer empirischer Entwicklungen Anschlüsse an aktuelle wissenschaftliche Debatten zu gewinnen. Die Dynamik der innerwissenschaftlichen Diskurse und ein durch erstrebte Rückbezüge zu außerwissenschaftlichen Debatten zusätzlich erhöhter Zeitdruck können dann leicht zu der Gefahr führen, die Kontinuität der eigenen konzeptionellen Arbeit, die letztlich für kumulative Erkenntnisfortschritte unabdingbar ist, nicht mehr hinreichend im Blick zu haben.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup>Zur Frage, ob innerhalb der Marx'schen Theorie die Kategorie der Institution überhaupt sinnvoll entfaltet werden könne, vgl., gewissermaßen am Rande des neueren institutionenpolitischen Diskurses in den deutschen Politikwissenschaften (Göhler 1987 und 1994), den Beitrag von Brokmeier-Lohfing (1987). Zur auf den Marxismus bezogenen Kritik des Arbeitsbegriffs bei Marx, sowie zur Entfaltung eines gleichermaßen gegen den Marxismus wie die dominanten Strömungen der politischen Philosophie und Theorie gerichteten Politikbegriff Arendt (1974 und 1993).

<sup>7</sup>Im vorliegenden Fall bin ich insbesondere Gerd Peter zu Dank dafür verpflichtet, mich auf die Vernachlässigung älterer eigener und gemeinsamer Arbeiten hingewiesen und erste Entwürfedieses Manuskripts mit kritischen Hinweisen begleitet zu haben. Die

Für die im folgenden versuchte Klärung des Konzepts der Arbeitspolitik und die Unterscheidung von primären und sekundären Politikformen auf diesem Politikfeld war all dies bedeutsam.

- Zunächst einmal ist der Begriff der Arbeitspolitik hier von politikwissenschaftlicher Seite in eine zunächst eher industriesoziologische Debatte und ein von Industriosozologen bearbeitetes Feld von Forschung und Beratung<sup>8</sup> eingebracht worden, in dem die kritische Industriosociologie sich durchaus in einer Tradition marxistischen Denkens<sup>9</sup> stehend begriffen hat (Brandt 1984; Schumann 2002). Insofern gab es im Industriosociologischen Diskurs Defizite, die vermutlich immer noch fortwirken.
- Weiterhin hat sich die Lage seit den Debatten der 1980er Jahre nachhaltig verändert. Damals ging es darum, ein Konzept von Arbeitspolitik im Hinblick auf ein noch sehr stabiles bestehendes Institutionengefüge in die Debatte zu bringen. Heute erodieren diese institutionellen Zusammenhänge unter dem Druck eines Epochenbruchs.<sup>10</sup> Dies macht andere Anknüpfungspunkte im wissenschaftlichen Diskurs wichtiger.

---

Erfahrung zeigt einmal mehr, wie sehr wissenschaftliche Arbeit darauf verwiesen ist, dass sie innerhalb von „primären Forschergruppen“ vollzogen wird. Die Verantwortung für den folgenden Text liegt aber selbstredend allein beim Autor.

<sup>8</sup>Wobei schon dieser Punkt, also ob neben sich kritisch-aufklärerisch verstehender Forschung auch Beratung angezeigt sei, die allzu schnell in sozialtechnologisch verkürzten herrschaftsaffirmativen Dienstleistungen einer Wissenschaft werden müsste, die ihrer kritischen Spitze dadurch beraubt sei (zur damaligen Debatte vgl. Deeke 1982), zeigt, dass diese, seinerzeit bestimmende Strömung der Industriosociologie, gegenüber gewissen Ebenen und Zumutungen des politischen Prozesses der Gesellschaft „kritische“ Distanz zu halten suchte und auch deshalb wenig dazu genötigt war, sich über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik mehr Klarheit zu verschaffen - und dazu an einem konziseren Politikverständnis zu arbeiten.

<sup>9</sup>Von marxistischem Denken spreche ich hier in Anlehnung an F. O. Wolf (2003b), der gezeigt hat, dass man angesichts der Ausdifferenzierung marxistischer Diskurse - wieder vor dem Hintergrund politischer Entwicklungen – sowie ihrer z. T. eher begrenzten Entfaltung außerhalb der parallelen Diskurse innerhalb des institutionalisierten Wissenschaftssystems, von so etwas wie einer systematische Theorieentwicklung in Bezug auf den Marxismus eigentlich nicht sprechen könne. Da F. O. Wolf selbst als Philosoph zu denen gehört, deren Lebensarbeit auf das engste mit eben diesen Diskursen innerhalb des marxistischen Denkens verknüpft ist, denke sich, dass sein Argument schwer wiegt.

<sup>10</sup>Die These des Epochenbruchs knüpft an die aktuellen Debatten über das Ende des fordistischen Regulationsmodells, die Metamorphosen der sozialen Frage und der Arbeit an (Liepietz 1993, Aglietta 2000, Castel 2000, Dörre/Röttger, 2003, Scholz u.a. 2004 und 2006, [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de), Martens 2007a) Die These vom „Epochenbruch“ wird aber mittlerweile nicht nur im Kontext der Diskussionen um das

- Schließlich läuft man dann leicht Gefahr, in dem Versuch, Anschluss an das Neue der gesellschaftlichen Entwicklung zu finden, ältere begriffliche Vorarbeiten aus dem Auge zu verlieren. Bei der Arbeit an diesem Text war das jedenfalls – siehe Fn 6 - eine nachdenklich stimmende Erfahrung.

Der Nachfolgende Text zielt vor dem Hintergrund dieser einleitenden Überlegungen darauf ab, einige Vorschläge zur Präzisierung des begrifflichen Instrumentariums zu unterbreiten, das wir als empirische Sozialforscher<sup>11</sup> benötigen. Sie können vielleicht dazu verhelfen, im u. a. mit dem Ende des fordistischen Regulationsmodells eingetretenen Epochenbruch das seiner Zeit von F. Naschold und U. Jürgens eingeführte Konzept einer Arbeitspolitik im Hinblick auf diejenigen Herausforderungen weiterzuentwickeln, die sich heute angesichts tiefgreifender Metamorphosen der Arbeit für Forschung und Beratung ebenso wie für die Entfaltung einer neuen Politik der Arbeit<sup>12</sup> stellen. Unter Aufnahme weiterer analytischer Unterscheidungen von „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitspolitik (Wolf 2001 und 2003) sowie zum Konzept „proletarischer Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) zielen die folgenden Überlegungen insbesondere darauf ab, das begriffliche Instrumentarium für das Forschungsprojekt „Standortkonflikte“ zu schärfen.

---

Ende des fordistischen Regulationsmodells diskutiert (Mit Bezug v.a. darauf zuletzt Wolf 2004 und 2006). H. Wiesenhal (1998) hat schon früh von der „Globalisierung als Epochenbruch“ gesprochen (ebenso P. Gärtner 2004). Psychologen wie Soziologen diskutieren das Heraufziehen der Postmoderne als Anbruch einer neuen Epoche (Kuhrana/Müller2004) oder als radikal verändernde „Neuorientierung der Moderne“ (Bauman 2003), wobei die neue „flüchtige“ der alten „schweren“ Moderne gegenübergestellt wird, oder man findet auf der BdWi-Homepage die These vom Epochenbruch sowohl im Hinblick auf das Ende des Fordismus als auch auf die Implosion des Realsozialismus, die aus der Sicht konservativer Beobachter ja sogar das „Ende der Geschichte“ bedeuten sollte (Fukuyama 1990), was noch eine sehr viel stärkere und zugleich höchst problematische These ist. „Epochenbruch“ wird hier im Sinne einer Hypothese verstanden (Martens 2004b), die nicht einfach monokausal mit dem Ende eines spezifischen Regulationsmodells verknüpft ist. Einschneidende Veränderungen sind im engeren Bereich der Ökonomie mit dem nach Bretton-Woods hegemonial gewordenen neoliberalen angebotsorientierten Wirtschaftskonzepten ebenso verbunden, wie mit der Implosion des Realsozialismus, den technologischen Innovationen der „dritten industriellen Revolution“ als Voraussetzung einer informationalen Ökonomie oder auch den deutlichen Rissen älterer Fortschrittsoptimistischer Weltansichten im Zeichen des Risikodiskurses.

<sup>11</sup>Zum wissenschaftlichen Selbstverständnis und heutigen gesellschaftlichen Ort einer empirischen Sozialforschung, die im Sinne von C. v. Ferber (1997) von großer und geschlossener theoretischer Soziologie abgesetzt ist, vgl. Martens 2003a und b.

<sup>12</sup>Vgl. den diesbezüglichen Wissenschaftler-Praktiker-Dialog unter [www.forum-neuepolitik-der-arbeit.de](http://www.forum-neuepolitik-der-arbeit.de) sowie die bei Scholz u. a. (2004 und 2006) dokumentierten Ergebnisse der bisherigen Debatten.

## 2. Arbeit, Interessenvertretung, Politik und Arbeitspolitik – Der Diskurs der 1980er Jahre und seine Verarbeitung im damaligen Forschungsbereich 4 „Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenvertretung“ des Landesinstituts Sozialforschungsstelle

Der Begriff der Arbeitspolitik wurde zu Anfang der 1980er-Jahre von einer Forschungsgruppe um F. Naschold am internationalen Institut für vergleichende Gesellschaftspolitik/Arbeitsforschung (IIVG) des WZB in die arbeits- und sozialwissenschaftliche Diskussion als „forschungspolitisches Paradigma“ eingeführt.<sup>13</sup> Damit ist zugleich das übergreifende Konzept für das Forschungsprogramm des Instituts vorgelegt worden.<sup>14</sup> Die Intention des Ansatzes, der seinerseits die Debatten um die „Labour-Process-Debate“ (Buroway 1982) aufnahm, war gegen eine sich verfestigende Position gerichtet, die es ablehnte, Industrie-soziologie als Gestaltungswissenschaft zu verstehen (Deeke 1982). F. O. Wolf, der seinerzeit an den empirischen Analysen zum HdA-Programm beteiligt war, hat sehr viel später mit Recht darauf hingewiesen, dass Arbeitspolitik damit – zunächst, aber nicht allein, auf der Ebene des Handelns politischer und intermediärer Institutionen – als ein ‚zusammengesetztes‘, erst sehr spät im Zuge der Entwicklung des fordistischen Regulationsmodells heraus gebildetes, Poli-

---

<sup>13</sup>Vorhergehende Versuche finden sich auch im Bereich der Arbeitsmarktforschung. Vgl. dazu im Überblick Peter (1987, 51-61)

<sup>14</sup>F. Naschold und U. Jürgens (1983) geht es darum, einen entscheidenden ‚toten Winkel‘ vieler industriesoziologischer und ökonomischer Forschungen zu Industriearbeit, Technikentwicklung und Arbeitsproduktivität“ (Naschold 1985, S. 9) in den Blick zu bekommen. Abgesetzt sowohl von einem Politikverständnis, das Politik „im Sinne der Autonomie des Politischen wesentlich konzipiert als funktionalistisches Institutionengefüge „ wie auch von einem analogen Grundverständnis, bei dem Politik „in der Tradition von Weber auf Staatspolitik und Machtpolitik eingeengt“ wird (Naschold 1985, S. 25), wird, u. a. in Anknüpfung an die französische Regulationstheorie und die Annahme, dass angesichts bereits ablaufender Umbrüche von Arbeit und sozialen Sicherungssystemen sich in der Gesellschaft zwar nicht alles um Arbeit dreht, die Arbeit aber nach wie vor einen entscheidenden Focus gesellschaftlicher Entwicklung darstelle, ein Politikverständnis entwickelt, demzufolge „Politik eine Regulationsform (ist), die sicherlich auch staatliche Politik ist, jedoch auch im scheinbar politikneutralisierten Bereich des Arbeits- und Produktionsprozesses von Bedeutung ist. Ein solches Politikverständnis verknüpft sich mit einer Vorstellung von Arbeit, demzufolge der Arbeits- und Produktionsprozess als ein strukturiertes soziales Interaktionsgefüge, ein aktiver und sozialer Prozess gesehen werden muss. Da zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und ihren sozialen Voraussetzungen und Folgen ein, wenn auch widersprüchlicher, Entsprechungszusammenhang besteht, ist Arbeitspolitik nicht nur Arbeitsgestaltungspolitik, sondern Regulationsform auch eben dieses Zusammenhangs von Arbeit und sozialer Sicherung“ (Naschold 1985, S. 27 f.).



tikfeld oder als eine Art „Brückendisziplin“ angesehen werden könne (Wolf 2001, S. 230).<sup>15</sup>

Gewisse Unschärfen des Versuchs von F. Naschold und U. Jürgens, eine mehrjährige Debatte um die Möglichkeiten einer Humanisierung der Arbeit (Pöhler/Peter 1982) innovativ zusammenzufassen, haben allerdings in der weiteren Entwicklung zu einem uneinheitlichen Begriff von Arbeitspolitik geführt. Es kam zu einem inflationären Gebrauch des Begriffs. Die über ihn in Gang gesetzte Debatte über eine Erweiterung von vorherrschenden arbeitsbezogenen Konzepten in Theorie und Praxis verlor so ihre Eindeutigkeit. Sehr gut ablesbar ist dies daran, dass das merkwürdige Wortungetüm der „Interessenvertretungspolitik“ vor wie nach der paradigmatisch gemeinten Einführung von Arbeitspolitik durch die einschlägige industriesoziologische Literatur geistert. Abgesehen davon, dass das Verhältnis von Interessen und Politik der Reflexion bedarf, ehe man beide Begriffe so umstandslos miteinander verknüpft, stellt sich die Frage, ob jegliches interessengerichtete Handeln auch sogleich als politisches Handeln gelten kann. Das unscharfe Wortungetüm der „Interessenvertretungspolitik“ macht es so z. B. unmöglich wichtige Unterscheidungen vorzunehmen. Wenn z.B. jegliches Interessenvertretungshandeln als politisch gelten kann, wird es unmöglich, die alltagsweltliche Beobachtung einer Entpolitisierung der Gewerkschaften wissenschaftlich zu begründen. Als Interessenverbände bleiben sie per Definitionem, richtiger gerade mangels angemessener begrifflicher Differenzierung, immer politisch.

Was den von F. Naschold so bezeichneten „toten Winkel“ der damaligen industriesoziologischen Forschung anbelangt, so kann man vermutlich argumentieren, dass dieser tote Winkel mit den spezifischen Bezügen der Industriosozologie, bzw. der sich im Rückblick selbst als „kritische Industriosozologie“ verstehenden Strömung derselben (vgl. Schumann 2002), nicht zuletzt aus den Rückbezügen dieser kritischen Industriosozologie zu marxistischen Denkrichtungen (vgl. Brandt 1984) erklären lässt. In dieser Traditionslinie findet sich eine sehr entfaltete theoretische Arbeit in Bezug auf den Begriff der Arbeit, wohingegen es an einem ausgearbeiteten Politikbegriff weithin fehlt. Andererseits konnte der von Naschold/Jürgens eingeführte sehr weite Politikbegriff, der politics

---

<sup>15</sup>Im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner Unterscheidung von primärer und sekundärer Arbeitspolitik - in Absetzung von wie auch immer nur auf „große“ Politik gerichtete oder eher deterministisch Interpretationen gesellschaftlicher Entwicklung festgelegten Auffassungen – formuliert F. O. Wolf: „Angesichts der wissenschaftsförmigen Institutionalisierungen dieser Traditionen in bis in die 1960er Jahre hinein national unterschiedliche geprägten Disziplinen wie Soziologie, Ökonomie und Politologie ist Arbeitspolitik weitgehend dazu gezwungen, sich als eine interdisziplinäre Integrationsbemühung bzw. bestenfalls als eine ‚Brückendisziplin‘ zu entwickeln. (Wolf 2001, 230)

als Kampf um Macht, Einfluss und Interessen von der Mikrobene des Arbeitshandelns bis hin zum Agieren institutioneller Akteure auf der Ebene staatlicher Politik umfasst<sup>16</sup>, von der kritischen Industriesoziologie leicht adaptiert werden – allerdings, wie schon erwähnt, in Form eines inflationären und unscharfen Gebrauchs.

Im Forschungsschwerpunkt 4 „Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenvertretung“ der sfs ist diese Debatte seinerzeit im Rahmen eines Konzept stabiler institutioneller Reformen systematisch aufgenommen und im Hinblick auf die spezifischen Forschungs- und Beratungsfelder des Bereichs weiterentwickelt worden (vgl. Peter 1987, 1989 und 1992, Martens 1992a und 1994). Im Zuge der Entfaltung eines Konzepts der „arbeitspolitischen Erweiterung von Interessenvertretung“, dass insbesondere im Hinblick auf die Gewerkschaften konzeptionell entfaltet (Martens 1992 a. u. b.) und in Forschungs- und Beratungsprozessen umzusetzen versucht wurde (Martens/Steinke 1993), waren dabei die folgenden Begrifflichen Differenzierungen in Bezug auf Arbeit, Politik und Interessenvertretung wichtig:

- *Arbeit* wurde betrachtet im Hinblick auf (1) ihren „Doppelcharakter“ (konkrete nützliche Arbeit und abstrakte Arbeit), (2) die grundlegende Strukturierung von Gesellschaft durch die Aufteilung von Arbeit, und ihre Formbestimmung als „ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch die eigene Tat vermittelt, regelt, und kontrolliert“ (Marx, 1967, 192), (3) ihren Charakter als Lohnarbeit, (4) ihre Bestimmung als Fähigkeit zur Verausgabung von Kräften und Anwendung von Fähigkeiten energetischer, sensorischer und kognitiver Art sowie (5) ihrer unmittelbaren und untrennbaren Verbundenheit mit Technik (vgl. Peter 1989, 20).<sup>17</sup>
- *Politik* wurde zunächst (1) sehr eng definiert als die Grundlegende Ausgestaltung der öffentlichen Ordnung (Hartwich u.a. 1964). Es wurde aber (2) betont, dass der Bereich der Wirtschaft angesichts der zunehmenden Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion und auch unter dem Gesichtspunkt des Strukturwandels der Öffentlichkeit (Habermas 1962) nicht einfach als privat und damit nicht politisch charakterisiert werden könne, die Auseinandersetzung um die Arbeitsgestaltung deshalb zunehmend politischen Charakter bekommen habe. Allerdings bedeute dies (3) im Umkehrschluss nicht, Arbeitsgestaltung wäre an sich bereits politisch. Vielmehr sei

---

<sup>16</sup>Andererseits aber keinesfalls mit den eher spieltheoretisch begründeten Konzepten von Mikropolitik (Ortmann 1990, Crozier/Friedberg 1979) verwechselt werden darf.

<sup>17</sup>Die aktuellen Debatten um „das Ganze der Arbeit“ (Biesecker 1999, 2004), mit einem frühen Bezugspunkt bei Kambartel (1994) spielten seinerzeit noch keine Rolle.

(4) zwischen Interessenvertretung im Sinne interessengeleiteter sozialer Prozesse um betriebliche Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik als Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung um allgemeinverbindliche Regelungen systematisch zu unterscheiden (Peter 1989,21).

- *Interessen* wurden (1) im Sinne eines engeren utilitaristischen Konzepts gefaßt, also im Blick auf ein nutzenorientiertes soziales, zweckhaft rationales Handeln. Davon wurde (2) auf der Ebene des alltäglichen Lebenszusammenhangs Interesse „als Reiz einer Sache, die unseren Anteil hervorruft“ (Grimm 2148), oder als Leben auf Willensziele hin (Husserl) unterschieden. Diese, von uns auch ebenspezifisch verstandene, Unterscheidung von auf eine institutionelle Ebene delegierbaren Interessen und solchen, die nur personal, im alltäglichen Vollzug selbst erlebend, verfolgt werden können, schien uns (3) wichtig im Hinblick auf das Problem des lebensweltlichen Rückbezugs tendenziell verselbständigter Institutionen.<sup>18</sup> Denn ein besseres Verständnis der Herausforderungen des Rückbezugs bestehender Institutionen auf neue alltagsweltliche Erfahrungen und Relevanzen der von ihnen vertretenen Menschen schien uns für den Versuch, ein Konzept der *arbeitspolitischen Erweiterung von Interessenvertretung* forschend und beratend zu befördern von großer Bedeutung zu sein (Martens 1992a, 188ff).

Von heute aus betrachtet kann man sagen, dass unsere damals entwickelten begrifflichen Differenzierungen uns zwar vor der allgemeinen Beliebigkeit in der Verwendung des Begriffs der Arbeitspolitik geschützt haben; andererseits griff das damalige Konzept aber deshalb zu kurz, weil es im Kern auf die Meso-Ebene institutionellen Handelns zielte. Sein Fokus war eben das erwähnte Konzept „stabiler institutioneller Reformen“. Der tatsächlich aber schon weit fortgeschrittene, und seither dramatisch weiter dynamisierte, Prozess der Erosion der Institutionen der Arbeit wurde von uns deutlich unterschätzt. Es ist aber genau diese tiefgreifende Veränderung, die die sehr viel später von F. O. Wolf (2001b) eingeführte Unterscheidung von „primärer“ und „sekundärer Arbeitspolitik“ bedeutsam macht. Der Blick richtet sich heute zunehmend auf die Frage, ob und wie auf der Ebene alltäglicher lebensweltlicher Erfahrungen und Handlungsprozesse arbeitspolitisches Handeln neu konstituiert werden kann. In diesem Zusammenhang wird aber auch das Werk von H. Arendt wichtig, das nach einer

---

<sup>18</sup>Am Beispiel der aktuellen Schwierigkeiten der Gewerkschaften, sich auf die Interessen – in dem eben ausgeführten doppelten Sinne- von hoch qualifizierten Beschäftigten zu beziehen, läßt sich das sehr gut illustrieren. Deren Interesse an flexiblen Arbeitszeiten ist nicht nur Ausdruck einer von den neuen „Arbeitskraftunternehmern“ bereitwillig vollzogenen Internalisierung von Marktzwängen. Sie hat auch zu tun mit persönlichen, nicht delegierbaren Interessen an ihrer Arbeit, dem „Reiz einer Sache, die unseren Anteil hervorruft“ (vgl. zuletzt Drinkuth 2007, 161ff)..

Einschätzung von J. Habermas (1971/1987, 241ff) für die Frage der Entstehung politischen Handelns hoch anregend, für die weiteren Fragen nach strategischer Politikformulierung und verbindlichen Entscheidungen hingegen nicht weiterführend ist.

### 3. Arbeit und Politik – H. Arendts Bedeutung zum Verständnis der Entstehung des Politischen angesichts der gegenwärtigen Krise der Politik

Bei H. Arendt finden wir zunächst einmal eine ausgesprochen scharfe Unterscheidung politischen Handelns von anderen Formen menschlicher Tätigkeiten. Ihr Vorschlag, zu diesem Zweck zwischen Arbeiten, Herstellen und Handeln grundsätzlich zu unterscheiden, den sie in „Vita activa“ (1967) gemacht hat<sup>19</sup>, hat allerdings den Nachteil, dass er, indem er an begriffliche Unterscheidungen bei Plato und Aristoteles anknüpft, zunächst einmal am Beispiel der antiken Arbeits- und Lebenswelt von Menschen entwickelt worden ist – und seine Brauchbarkeit für heutige Verhältnisse deshalb einer sorgfältigen Überprüfung bedarf.<sup>20</sup> So liegt es z. B. auf der Hand,

---

<sup>19</sup>Das wie U. Ludz (1993,143ff) ausgeführt hat, Teil und Vorarbeit einer größer angelegten grundlegenden Einführung in die politische Theorie sein sollte, die dann aus verschiedenen Gründen so nie realisiert worden ist und zu dem sich deshalb die Lektüre des erst im Jahre 2003 herausgegebenen Denktagebuchs sehr empfiehlt. „Bei Berücksichtigung von Hannah Arendts Plänen für das Einführungsbuch wird deutlich, dass die markanten werkgeschichtlichen Stationen: Das Totalitarismus-Buch, die Vita aktiva, und Vom Leben des Geistes, untereinander verbunden sind. Den Veröffentlichungen Between Past and Future, und Über die Revolution, einigen nicht gesammelten Aufsätzen und im Grunde auch dem Bericht Eichmann in Jerusalem kann in diesem Rahmen der Status von Zwischenstationen zugesprochen werden.“ (Ludz, 1993, 150)

<sup>20</sup>Im Denktagebuch (Arendt 2003, 203) notiert H. Arendt folgende Unterscheidungen zu Arbeit, Herstellen, Handeln, Liebe: „In der Arbeit, den Notwendigkeiten unterworfen, (...) isoliert, und von Sorge und Angst getrieben. Im Herstellen (...) allein und vom Werk als Schöpfung beflügelt. Im Handeln unter den Anspruch der Gerechtigkeit gestellt, (...) versucht, sich durch Gewalt von der Notwendigkeit zu befreien (...) mit anderen zusammen in der politischen Verantwortung. In der Liebe (...) wirkliche Gegenseitigkeit (...) Ein Mensch sein heißt zugleich, eines (anderen) Menschen zu bedürfen. (...) Als Arbeitende(...) verklavt, sind Menschen fast wie Tiere. Als Herstellende, allein dem Werk (d. h. durchaus einer Schöpfung aus dem „nichts“ (...) gegenüber, sind Menschen fast wie Götter, als Handelnde, die nur innerhalb der gemeinsam bewohnten Welt und nur durch ausdrückliche Realisierung dieses Gemeinsam-Seins handeln können, sind Menschen wirklich Menschen im Sinne einer spezifischen Menschlichkeit. Und als Liebende, die als Eine die Zwei brauchen, um sich von der Natur die Drei usw. schenken

1. dass es in der Antike noch keinen, dem unseren vergleichbaren, allgemeinen Begriff von Arbeit gegeben hat<sup>21</sup>, vielmehr „eine Reihe unterschiedlicher Worte für das, was wir unter Arbeit zusammenfassen“ (Wolf 2004, S. 4),
2. dass Arbeit (auch schon im Sinne der Sklaven vorbehaltenen Tätigkeit zu Zeiten der Antike) vermutlich schon immer eine sehr unscharfe Trennungslinie zum Herstellen (im Sinne handwerklich-künstlerischer Tätigkeiten, aber auch im Hinblick auf die Technik, bei Heidegger das zuhandene und das „Gestell“) aufwies, die sich seit den Zeiten der Industrialisierung schon gar nicht mehr überzeugend begründen lässt. Man kann weiter argumentieren,
3. dass eine Beschreibung von Arbeit als einer „isolierten, von Sorge und Angst getriebenen“ Tätigkeit die Wirklichkeit vergesellschafteter industrieller, oder postindustrieller, Arbeit in weiten Teilen verfehlen dürfte,
4. dass die scharfe Abgrenzung von Arbeiten und Herstellen gegenüber politischem Handeln spätestens in dem Moment schwierig wird, in dem Arbeit selbst, wie H. Arendt in ihrem Denktagebuch formuliert einen Prozess der „Entprivatisierung“ durchläuft.<sup>22</sup>, wobei „das sozial Revolutionäre der industriellen Revolution (...) in (eben) der ‚Sozialisierung‘ = Entprivatisierung der Arbeit“ liegt, denn „aus ihr entspringt der Sozialismus (und der Marx’sche Klassenbegriff)“ (Arendt 2003, S. 348).<sup>23</sup> Mit dem entstehen einer „proletarischen Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) wird es deshalb möglich, ähnlich wie F. Naschold, den „Arbeits- und Produktionsprozess als ein strukturiertes so-

---

zu lassen (...), <sind die Menschen>, ist jeder Mensch - auf eine nicht auszudenkende ironische Weise auch der Mensch..“ Dass an dieser Stelle auch die Liebe in Absetzung zu den Begriffen des Arbeitens, Herstellens und Handelns aufgenommen ist, mag darauf verweisen, dass diesen Kategorien bei Arendt's Verständnis der *conditio humana* geradezu eine anthropologische Dimension inhärent ist. Im Blick auf H. Arendt's Selbstverständnis als Politikwissenschaftlerin und nicht Philosophin ist im Übrigen der ironische Verweis auf den Menschen am Schluss des Zitats erhellend. Ihr Interesse richtet sich auf die Pluralität der Vielen, das Dazwischen, nicht, wie in der Philosophie, auf den Menschen. Angesprochen ist von ihr an diesem Punkt damit aber auch der Anknüpfungspunkt für Solidarität.

<sup>21</sup>F. O. Wolf (2004,4) zitiert diesbezüglich zustimmend Vernant (1980) und Finley (1981).

<sup>22</sup>Wobei sie hier als Ausgangspunkt, im Blick auf die Antike, vermutlich die ursprüngliche Hauswirtschaft im Auge hat.

<sup>23</sup>In den nachgelassenen politische Schriften heißt es noch expliziter: „Allein die Tatsache der Emanzipation der Frauen und der Arbeiterklasse, also von Menschengruppen, die niemals zuvor sich im öffentlichen Leben zeigen durften, gibt allen politischen Fragen ein radikal neues Gesicht (Arendt 1993, 69).“

ziales Interaktionsgefüge“, als einen aktiven und sozialen Prozess zu begreifen. Wenn man schließlich

5. wieder mit H. Arendt argumentiert, das die moderne Gesellschaft infolge technischer und technologischer Fortschritte Arbeit in gewissem Sinne so allgemein und mühelos gemacht habe, sodass nunmehr „die handgreifliche Gefahr ist, dass nun alle zu Sklaven werden“ und gleichzeitig „die Unfähigkeit aller, mit Muße etwas anzufangen“ (Arendt 2003, S. 202) offenkundig werde, dann ist damit natürlich auch gesagt, dass es den Raum des Politischen als einen Raum der Freiheit in der durch die griechischen Polis definierten Gestalt so nicht mehr gibt und auch nicht mehr geben kann.<sup>24</sup>

Gleichwohl ist die an Plato und Aristoteles anschließende begriffliche Arbeit H. Arendts außerordentlich hilfreich, wenn man sich heute – gegen die „fühllose Notwendigkeit“ des losgelassenen Prozesses der Moderne, den die moderne Systemtheorie aus der Perspektive eines bloßen Beobachters zweiter Ordnung adaequat abzubilden beansprucht, eine Vorstellung davon machen will, wie unter den veränderten zugleich eingeschränkten aber auch erweiterten Bedingungen Politik als Raum der Freiheit gestaltet werden könnte. *Einschränkend* sind nach H. Arendts, vielleicht idealisierender Auffassung, die in Fußnote 21 wiedergegebenen Bedingungen: Wir werden, so sagt sie, nie wieder so frei sein können, wie die jedes Zwangs zu Arbeit ledigen und innerhalb der Polis einander als Freie und Gleiche gegenüber tretenden männlichen griechischen Bürger.<sup>25</sup> *Erweiternd* sind dagegen die heutigen Bedingungen, weil der politische Raum der Freiheit nun potentiell für alle StaatsbürgerInnen der fortgeschrittenen Gesellschaften hergestellt werden kann, wobei die Möglichkeit zur *aktiven* Teilhabe *aller* am politischen Geschehen von entscheidender Bedeutung ist (vgl. Arendt 1974, insbesondere Kapitel 6 und die Rezeption bei Martens 2007a, S. 150f).

---

<sup>24</sup>Kurz im Anschluss an die eben zitierte Stelle heißt es dementsprechend bei ihr: „Nie wieder werden wir so frei sein wie die Griechen, kein technischer Fortschritt wird uns je wieder helfen, der Sklaverei durch die Notwendigkeit zu entrinnen.“ (S. 205) Und an anderer Stelle heißt es unter dem Stichwort Arbeit und Mühe: „Die moderne Gesellschaft hat die Arbeit mühelos gemacht das Gebären schmerzlos. Damit hat man aber nicht das Zwingende im Menschenleben beseitigt, sondern nur sein ‚Symptom‘, seine offenbare, allem zutage liegende Indikation. Seither können wir zwischen Zwang und Freiheit nicht mehr unterscheiden, weil der Zwang sich nicht mehr als Mühe und Schmerz offenbart. So werden wir bezwungen und merken es nicht einmal.“ (S. 428)

<sup>25</sup>„Ein entscheidender Unterschied im Freiheitsbegriff der Griechen und dem der Moderne: Jene sagten, wessen Leben direkt an die Arbeit/das Reich der Notwendigkeit gebunden ist, ist nicht frei. Wir sagen: Wer andere unterdrückt, ausbeutet etc. d.h. wer nicht alles auch die Notwendigkeiten des physischen Lebens, nur sich selbst verdankt, ist nicht frei.“ (Arendt 2003, 187)

Damit also, dass Lohnarbeit in der modernen Gesellschaft in hohem Maße politisch geregelt ist und das alltägliche Arbeitshandeln sich in einer Sphäre „proletarischer Öffentlichkeit“ vollzieht<sup>26</sup> und die Gesellschaft insgesamt immer mehr zu einer Arbeitsgesellschaft geworden ist<sup>27</sup>, sind zunächst die Organisation der Gesellschaft um Arbeit herum und schließlich auch die Arbeit selbst zunehmend zum Gegenstand von Politik geworden. Das gesamte Institutionengefüge der „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft“ (v. Ferber 1961) ist um die entsprechenden politischen Auseinandersetzungen um die Koalitionsfreiheit, um das Verhältnis von Lohn und Leistung, um Arbeitssicherheit, Sozialversicherung, Berufsausbildung usw. entstanden. Wir können also im Anschluss an C. v. Ferber, oder an die neueren Analysen über die Metamorphosen der sozialen Frage (Castel 2000), aber auch anknüpfend an die zitierten Notizen aus H. Arendts Denktagebuch, sagen, dass im Ergebnis des Prozesses der Moderne die im antiken Denken strikt getrennt gedachten gesellschaftlichen Räume von Arbeit und Politik in keiner Weise mehr so getrennt gedacht werden können.

---

<sup>26</sup>Zur Verwendung dieser Kategorie im Anschluss an O. Negt und A. Kluge – und in Absetzung zum Begriff „plebejischer Öffentlichkeit“ bei Habermas 1962 bei O. Negt und A. Kluge (1972, 8f) –vgl. die Ausführungen in Kapitel 4. Hier schließt sich allerdings die empirische Frage an, inwieweit die flexiblen Arbeitsverhältnisse unserer Tage diesen Raum von Öffentlichkeit in seinen traditionellen Ausprägungen zersetzt haben und was heute an deren Stelle tritt vgl. Sennet 1998).

<sup>27</sup>Vgl. in diesem Zusammenhang die Analyse von F. O. Wolf (2004) zur Entwicklung des Arbeitsbegriffs in der Moderne von Thomas Hobbes, für den „produktive Arbeit (als) eine Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums (..) unter der Voraussetzung des durch Macht geschützten und hergestellten Friedens möglich ist“ (a. a. O., S. 5) über John Lockes Gleichsetzung von Selbsterhaltung und Arbeit (ebd.), weiter F. W. Hegels dialektische Auflösung der Aristotelischen Unterscheidung von Herstellen und Handeln, Poiesis und Praxis (a. a. O., S. 10) durch ein Verständnis der Arbeitstätigkeit der Individuen als „Durchgangsmoment der dialektischen Entfaltung einer umgreifenden Praxis, welche die spekulative Tätigkeit, die Theorie, die ‚Arbeit des Begriffs‘ als ‚höchste Form‘ derselben Selbstbewegung der Subjekte aufweist“ (a. a. O., S. 10), dann gegen diese von F. O. Wolf als zugleich „elitär und aristokratisch“ bezeichnete Position hin zum Marx’schen Arbeitsbegriff, im Sinne menschlicher Praxis als „gegenständlicher Tätigkeit“ bei Differenzierung zwischen „denjenigen Elementen, die den Zwängen natürlicher Notwendigkeit, der unaufhebbaren Abhängigkeit der Menschen als materieller, bedürftiger Individuen von den Naturprozessen, denen sie selbst angehören, und in denjenigen Bereich der für Tätigkeiten zur Verfügung steht, welche der Notwendigkeit der Selbsterhaltung nicht mehr unterworfen sind“ a. a. O., S. 117) bis hin zu einer Auseinandersetzung mit Vertretern konservativer Philosophie, v. a. in den Arbeiten M. Heideggers – aber an dieser Stelle auch mit kritischer Bezugnahme auf H. Arendt – als Versuch. „die Grundthesen der seit Parmenides, Platon und Aristoteles aristokratisch und metaphysisch geprägten Tradition der Philosophie des Seins als Gegenwart des Göttlichen und der Praxis freier Tätigkeit der von den Mühen der Daseinsvorsorge enthobenen Menschen zu erneuern“ (a. a. O. S. 20), der bei der konservativen Kulturkritik in die „elitäre Haltung einer tragischen Resignation“ münde.

Trotzdem fallen Arbeitshandeln und politisches Handeln nicht einfach zusammen.

Bei H. Arendt wird nun der Begriff der „Arbeitsgesellschaft“ vor dem Hintergrund der Einsicht, dass uns die Politik im Zuge der beiden Jahrhunderte der Revolution, deren Beginn sie mit der amerikanischen Revolution datiert, in eine nahezu aussichtslose Situation geführt habe, der politische Raum der Gesellschaft gefährdet sei und zugleich die Arbeit – im Sinne ihrer ursprünglichen Unterscheidung – das einzige geworden sei, worauf die moderne Gesellschaft sich noch verstehe, sofort zu einem kritisch gegen eine schlechte Wirklichkeit gerichteten Begriff. Er bringt nämlich immer sofort zum Ausdruck, dass die Errichtung des Raums der Freiheit, also der Republik - die sich „keiner ‚historischen Notwendigkeit‘ und keiner organischen Entwicklung ihre Existenz verdankt, sondern einzig einem voll bewussten und wohl überlegten Akt- der Gründung der Freiheit“ (Arendt 1974, S. 279) – in einem solchen bewussten Akt der ‚gründenden Väter‘ und der mit ihnen Verbundenen Generation von Revolutionären allzu schnell der Vergessenheit anheim gefallen sei.<sup>28</sup> Fokus ihrer Analysen nach der ‚Nacht des Jahrhunderts‘ ist deshalb die „Ausweglosigkeit, in die unsere Welt geraten ist“ (Arendt 1993, S. 34) und die These, dass es die große Tradition der abendländischen politischen Philosophie selbst sei, die in den Totalitarismus geführt habe.<sup>29</sup> Aktuelle Analysen zur Krise der Politik (Bauman 1999 und 2003; Perger/Assheuer 2000) im Blick auf die tiefgreifenden Veränderungen, denen wir uns heute angesichts neuerlicher Metamorphosen der Arbeit und ihrer neuerlichen Entgrenzung (Castel 2000; Engelmann/Wiedemeier 2000; Wolf 2001; Sauer 2001; Howaldt 2004) mit dem Ende des fordistischen Regulationsmodells (Lipietz 1993; Aglietta 2000, Dörre,Röttger 2003) gegenübersehen, schließen hier durchaus, und z.T. ganz unmittelbar an.

Wenn z. B. Z. Bauman (1999) in seiner Analyse der Krise der Politik feststellt, dass der neoliberale Diskurs um so stärker werde, „je weiter die Deregulierung

---

<sup>28</sup>„Amerika verlor in dem darauf folgenden (auf die Unabhängigkeitserklärung von 1776, HM) Jahrhundert an politischer Bedeutung vor allem in den Augen der politischen und kulturellen Elite Europas, und zwar weil es sich mit einer erstaunlichen Rapidität aus dem land of the free in das gelobte Land der Armen verwandelte.(...) Es war, als hätte es die Amerikanische Revolution nie gegeben.“ (Arendt 1974, 278)

<sup>29</sup>„Der Marxismus war der Versuch, mit den Mitteln der großen Tradition der neuen Fragen Herr zu werden. Darum war die Oktober-Revolution die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, und darum ist die Tatsache, dass auch dieser Weg im Totalitären endete, die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters. Welchen Weg man auch einschlug; wer zur Sache selbst redete und nicht in frommen Belanglosigkeiten liberaler oder konservativer Art, endete im Totalitarismus. Die große Tradition selbst führte dahin, also musste etwas fundamental Falsches in aller politischen Philosophie des Abendlandes stecken“ (Arendt 2003, 254).



voranschreitet und die politischen Institutionen entmachtet, die sich im Prinzip dem freien Fluss von Kapital und Finanzen entgegenstellen könnten“ (Bauman 1999, S. 47) und zugleich die Zerstörung des öffentlichen Raums des Politischen beklagt, weil das Öffentliche „seines eigenen separaten Inhalts beraubt“ werde (Bauman 1999, S. 97), und dann fortfährt: „Man muss die Übersetzung des Privaten ins Öffentliche wiederherstellen. Man muss den unterbrochenen Diskurs über das Gemeinwohl - was individuelle Autonomie sowohl erreichbar als auch erstrebenswert sein lässt – wieder in Gang bringen (auf der agora, nicht nur in den Philosophie-Seminaren).“ (Baumann 2000, S. 157), ist die Nähe zu H. Arendts Politikbegriff unübersehbar. Gegen die Negative Utopie allerdings, auf die Bauman's Analyse hinausläuft<sup>30</sup> würde sie immer einen auf Kant zurückgehenden politischen Voluntarismus geltend machen, der sich von keinerlei historischen Notwendigkeiten imponieren lässt.

Wenn sie also von Politik spricht, geht es ihr um die Herstellung eines, immer räumlich gebundenen (Arendt 1993, S. 40 f.) Raums der Freiheit, den sie in seiner historisch ersten Erscheinungsform an der griechischen Polis mit der Agora festmacht<sup>31</sup> und dabei Freiheit positiv als einen „nur von Vielen zu erstellenden Raum (begreift), in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt“ (Arendt 1993, S. 39).<sup>32</sup> Dieser Raum, der in der griechischen Antike allein den freien erwachsenen männlichen Bürgern zugänglich ist, begrenzt das Ver-

---

<sup>30</sup>„All dieses verdichtet sich zur negativen Utopie einer flüchtigen Moderne – zu einer Moderne, die geeignet ist, das Grauen, das wir aus Orwells und Huxleys Alpträumen kennen, in den Schatten zu stellen“, formuliert Z. Bauman (2003, 22) im Juni 1999 am Schluss der Einleitung zu seinem Buch als Fazit der dann folgenden Analysen. Deren Gehalt ist dann schwerlich zu bestreiten. Gegen den Zug zu einer neuerlichen negativen Dialektik kann man aber doch einwenden, dass es seither doch einige Beispiele dafür gibt, dass sich die Menge der Vielen die öffentlichen Plätze erobert, neue Räume von Öffentlichkeit herstellt, die Menschen also in der Lage sind, immer wieder das Unerwartete zu leisten in der Lage sind und es auch Leisten (Arendt 1993, 34)

<sup>31</sup>Nicht ohne darauf hinzuweisen, dass für diesen Ursprung des Politischen eine „enge Verbundenheit des Politischen mit dem Homerischen von großer Bedeutung“ sei. Wenn Perikles sich in seiner Grabrede auf Homer beziehe, sei das so, „als ob das Homersche Heerlager sich nicht aufgelöst, sondern nach der Rückkehr in die Heimat sich aufs Neue zusammenfindet, die Polis gründet und nun einen Raum gefunden hat, wo es ständig zusammenbleiben kann“ (Arendt 1993, 46f)

<sup>32</sup>„Der Einzelne ist niemals frei. Er kann es nur werden, wenn er den Boden der Polis betritt und auf ihm agiert“ heißt es an anderer Stelle apodiktisch (Arendt 1993, 99), und ganz ähnlich formuliert Z. Bauman gegen den heute vorherrschenden, abgeschmackten neoliberalen Freiheitsbegriff: „Ein Individuum zu sein, bedeutet nicht notwendig, frei zu sein. Die Art von Individualität, wie sie die spätmoderne oder postmoderne Gesellschaft anbietet und in dieser Gesellschaft auch tatsächlich am weitesten verbreitet ist – die privatisierte Individualität – bedeutet wesentlich Unfreiheit“ (Baumann 1999, S. 95 f., Hervorhebungen Im Original).

verständnis von Politik derart, dass die Vorstellung einer Außenpolitik, im Sinne einer politischen Ordnung außerhalb der Grenzen der Polis dem griechischen Denken fern lag.<sup>33</sup> Wichtiger ist im Hinblick auf die Absicht, das Wortungetüm der Interessenvertretungspolitik „auseinanderzulegen“ allerdings ein anderer Aspekt, nämlich der, dass im Verständnis von H. Arendt bei Politik, als einem Handeln im öffentlichen Raum um das „Einander Überreden und –Überzeugen“ geht als die „eigentliche politische Umgangsart der freien Bürger der Polis.“ „Entscheidend ist dabei nicht, dass man die Argumente umdrehen und Behauptungen auf den Kopf stellen konnte, sondern dass man die Fähigkeit gewann, die Sachen wirklich von verschiedenen Seiten zu *sehen*, und das heißt politisch, dass man sich darauf verstand, die vielen möglichen, in der wirklichen Welt vorgegebenen Standorte einzunehmen, von denen aus die gleiche Sache betrachtet werden kann und in der sie, ihrer Selbigkeit ungeachtet, die verschiedensten Aspekte zeigt. Dieses ist erheblich mehr als die Ausschaltung des eigenen Interesses (...denn positiv erzielt man so) eine wahre Bewegungsfreiheit in der Welt des Geistigen, die der Bewegungsfreiheit im Physischen genau parallel verläuft.“ (Arendt 1993, S. 97). Der Akzent liegt hier, wie U. Ludz (1993, S. 167) hervorhebt, „auf dem (öffentlichen) Bereich des Handelns und seiner Beeinflussung durch ein Denken, das der Sokratischen Methode verpflichtet ist“. Somit „*übersteigt* die Politik als der Ort der Aktualisierung von Freiheit, als Medium der Enthüllung des Unfassbaren „Wer“, als Raum der Entstehung von Macht und der Bestätigung der Realität der Welt und der eigenen Identität all jene konkreten Ziele, Interessen und Motive der Handelnden“, kann deshalb H. Barley (1990, zitiert nach Brokmeier 1994) formulieren.

Dieser Arendt'sche Politikbegriff mag in dieser zuletzt zitierten Formulierung etwas emphatisch anmuten, insbesondere im Hinblick auf die Sphäre der Erwerbsarbeit, aber Politik in dieser Bedeutung eines Raumes der Freiheit, oder eines Handelns, dessen Sinn nichts anderes als Freiheit ist (Arendt 1993, S. 28 - 35), bezeichnet exakt das, was im Ergebnis der sozialen Kämpfe seit der ersten industriellen Revolution und der – in ihren Worten - „Sozialisierung = Entprivatisierung der Arbeit“, aus der der Sozialismus entsprungen ist, entstand – wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise und in institutionellen Formen, die eben diesen Raum „der Entstehung von Macht und der Bestätigung der Realität der Welt und der eigenen Identität“ für die Arbeitenden zugleich immer wieder

---

<sup>33</sup>H. Arendt begründet ausführlich, dass eine Außenpolitik in diesem Sinne (*pacta sunt servanda*), gewissermaßen eine römische Erfindung sind, wenn sie herausarbeitet, dass „Vertrag und Bündnis als zentrale Konzeptionen des Politischen (...) historisch nicht nur römischen Ursprungs (sind, sondern auch) beide dem griechischen Wesen und seiner Vorstellung von dem, was in den Bereich des Politischen fällt, im tiefsten Wesen fremd“ sind (Arendt 1993, 108)

begrenzt hat.<sup>34</sup> Die Ergebnisse einer Arbeitspolitik, auch wenn dieser Begriff erst sehr viel später gefunden wurde, sehen wir hier nämlich in Gestalt der „institutionell verfaßten Arbeitsgesellschaft“ des zwanzigsten Jahrhunderts, wie sie sich in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften herausgebildet hat (v. Ferber 1961, Castel 2000.) und gegenwärtig von der „neoliberalen Konterrevolution“ (Milton Friedman) zunehmend zu schleifen versucht wird. Doch erst sie hat die Grundlagen eines, in den Worten des v.a. seit den Bürgerbewegungen in Osteuropa erneut wichtigen zivilgesellschaftlichen Diskurses, möglichen bürgerschaftlichen Engagements Aller unter Einschluss der Angehörigen des ‚vierten Standes‘ geschaffen<sup>35</sup> - Grundlagen, die heute im Zeichen eines neoliberalen Einheitsdenkens und einer Krise der Politik in der heraufziehenden „flüchtigen Moderne“ (Bauman 1999 und 2003) von neuem gefährdet sind.

Zugleich, und damit ist dann noch einmal auf den Arbeitsbegriff zurückzukommen, hat sich Arbeit – bzw. genauer in der Ideologie dieser Arbeitsgesellschaft Erwerbsarbeit – im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung tiefgreifend verändert:

- Sie umfasst für Viele vielfältigste Momente des schöpferischen Herstellens und der Entwicklung von Technik.
- Sie vollzieht sich in einem Arbeits- und Produktionsprozess, der mit Naschold und Jürgens „als ein strukturiertes soziales Interaktionsgefüge, ein aktiver und sozialer Prozess gesehen werden muss“.
- Sie kann also sehr wohl im Anschluss an den Marx’schen Arbeitsbegriff, auf den wir uns Mitte der 1980er Jahre weiterhin bezogen haben (s.o.) und die F.O. Wolf (Fn 21) verweist, „im Sinne menschlicher Praxis als „gegenständlicher Tätigkeit“ (verstanden werden) - bei Differenzierung zwischen „denjenigen Elementen, die den Zwängen natürlicher Notwendigkeit, der unaufhebbaren Abhängigkeit der Menschen als materieller, bedürftiger Individuen von den Naturprozessen, denen sie selbst angehören, und in denjenigen Bereich der für Tätigkeiten zur Verfügung steht, welche der Notwendigkeit der Selbsterhaltung nicht mehr unterworfen sind“.

---

<sup>34</sup>Negt/Kluge formulieren in ihren Analysen z.B. im Hinblick auf die „sogenannte Betriebsöffentlichkeit“, „das System der Betriebsverfassung, wie es sich u.a. in der Betriebsversammlung darstellt, ist *absolutistisch*“ (a.a.O. 100f, Hervorhebung im Original).

<sup>35</sup>Zur Debatte über die Zivilgesellschaft und über die Rolle der Gewerkschaften in ihr vgl. Kocka 2003 a und b.

Diese Veränderungen sind derart tiefgreifend und zugleich eigentlich offensichtlich, dass die Schärfe der Arendt'schen Kritik nur noch verständlich bleibt, wenn man in Rechnung stellt, dass ihr Arbeits- und ihr Politikbegriff innerhalb eines bestimmten Denkgebäudes, das auf die Herstellung des Raums des Politischen im Sinne eines Raums der Freiheit zielt, relational aufeinander bezogen sind. Für die empirische Analyse heutiger Arbeitsverhältnisse ist der Arendt'sche Arbeitsbegriff demgegenüber viel zu unausgearbeitet und deshalb nicht brauchbar. Dass die, wie sie formuliert, „Entprivatisierung“ der Arbeit und die „Emanzipation der Arbeiterklasse, allen politischen Fragen ein radikal neues Gesicht“ gibt (Fn17), ist ja nur die eine Seite. U.a. über diese Prozesse – aber selbstredend auch die vielen davor liegenden Entwicklungen – verändert sich auch Arbeit selbst in radikaler Weise. Hinzukommt, dass die aktuellen Debatten um „das Ganze der Arbeit“ (Kambartel 1994, Biesecker 1999, 2004) deutlich machen, dass es heute unter den Vorzeichen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit darum gehen muss, alle vier Formen der Arbeit (Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Eigenarbeit, Bürgerarbeit) in einem angemessenen Arbeitsbegriff zu fassen. Die Anknüpfung an die „gegenständliche Tätigkeit“ liegt da sehr viel näher. Zugleich ist aber auch immer die Frage zu bedenken, wo dann jeweils in Bezug auf diese vier Formen der Arbeit (z. B. auch bei der Bürgerarbeit!) die Grenze zwischen Arbeiten und einer Tätigkeit zu ziehen ist, der wir die Qualität des Politischen beimessen würden.

#### **4. Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit – Zum Nutzen einer von F.- O. Wolf vorgeschlagenen Unterscheidung im Hinblick auf die Neukonstituierung von Arbeitspolitik**

Im Blick auf die Absicht, einige weiterführende begriffliche Unterscheidungen etwas klarer herauszuarbeiten, kann nun zunächst festgehalten werden:

1. Wenn man mit H. Arendt die Anfänge des Politischen in der griechischen Polis aufsucht, bedeutet dies nicht, darin ein Modell zu suchen, das womöglich wiederbelebt werden soll. Vielmehr geht es darum, einen „Glücksfall“ (Arendt 1993, S. 42) in der Geschichte des Politischen für begriffliche Klärungen zu nutzen, weil sich „bestimmte Phänomene und Probleme elementarer Art in diesem Horizont klarer zeigen und einfacher stellen lassen als zu irgendeiner späteren Zeit“ (Arendt, zitiert nach Ludz 1993, S. 121).
2. Es wird zum zweiten deutlich, dass H. Arendts Fassung der Begriffe von Arbeit und Politik, von Arbeiten, Herstellen und Handeln immer auch relational aufeinander bezogen sind und dass sie sich der historischen Veränderungen

von Grundlagen dieser Begriffsbildungen nur allzu bewußt ist. Die zitierten Hinweise auf die „Entprivatisierung“ der Arbeit und der Emanzipation der Frauen sind eindeutige Belege.

3. Dass und wie sich in diesen historischen Prozessen Gestalt und Begriffe von Arbeit und Politik derart verändern, dass ein „Politikverständnis“ entstehen kann, das „sich mit einer Vorstellung von Arbeit“ verknüpfen lässt, „demzufolge der Arbeits- und Produktionsprozess als ein strukturiertes soziales Interaktionsgefüge, ein aktiver und sozialer Prozess gesehen werden muss“ (Naschold), aus dem heraus immer wieder neues, in diesem Falle dann, arbeitspolitisches Handeln hervorgehen kann, mag bei H. Arendt angesichts ihrer Fixierung auf die historisch frühen klaren begrifflichen Unterscheidungen wenig ausgeleuchtet sein, läßt sich aber im Anschluss an den von ihr angebotenen Begriffsapparat problemlos entwickeln. Ihr Politikverständnis schließt die Anknüpfung an den Marx'schen Arbeitsbegriff, den sie selbst so massiv ablehnt, nicht aus.
  
4. Schließlich geht es bei H. Arendt immer um das Handeln aller der Polis zugehörigen Politen. Die Polis kann man dabei zwar als einen institutionalisierten Raum ansehen – und seine Institutionen im Anschluss an Brokmeiers Arendtinterpretation als „Organon des Politischen“ (Brokmeier 1994) -, aber an ihrem Anfang, und am Anfang jedes politischen Geschehens, steht das Zusammenhandeln vieler Einzelner. Dieses Zusammenhandeln zielt auf die Entfaltung von Macht, und, indem es tatsächlich einen politischen Raum herzustellen vermag, zielt es als politisches Handeln, als Aktualisierung von Freiheit, auch immer darauf ab, die je konkreten Interessen, Ziele und Motive der Handelnden zu übersteigen.

Von diesen Überlegungen aus will ich nun in einem nächsten Schritt F. O. Wolfs Unterscheidung von „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitspolitik aufgreifen, die ihrerseits an den von F. Naschold eingeführten Begriff der Arbeitspolitik anschließt. Bei seiner Einführung dieser Unterscheidung formuliert F. O. Wolf:

„Auch auf dem Felde der Arbeitspolitik begegnen wir dem intellektuellen Hindernis einer Vorstellung von Politik als einem Instrumentenkasten von ‚Praktiken‘ (Kant), mit der staatliche Instanzen und Apparate als Träger einer institutionalisierten Politik auf die gesellschaftliche Arbeit in ihrer jeweils ‚vorgegebenen‘ Struktur und Dynamik einwirken. Dadurch kommt dann der gesellschaftspolitische Prozess – dessen eine Seite von Göran Therborn für die Phase des Fordismus exemplarisch analysiert worden ist (Therborn 1978) – in dem sich überhaupt erst die neuen Verhältnisse – Akkumulationsmodelle und Regulati-

onsregimes –herausbilden, nicht mehr in den Blick. Diese historische ‚Herausbildung‘ lässt sich nicht als historische ‚Evolution‘ begreifen, in der jedes ‚Stadium‘ sich aus dem vorhergehenden ‚entwickelt‘. Es ist vielmehr als eine immer auch kontingente Resultante des „Ringens“ der auf das Vergesellschaftungshandeln bezogenen alternativen Entwürfe“ in der „Zivilgesellschaft als Hegemoniebildungssphäre“ (Haug 1996, S. 142), und zugleich als innerhalb dieses Ringens dennoch ‚Fundsache‘, als etwas, wofür die „sozialen Bewegungen ... den ... Schlüssel finden“ müssen (Lipietz 1985, S. 1359); zu dechiffrieren. Das schließt die Aufgabe mit ein, auch ihren offenen Rand an noch nicht ausgetragenen noch nicht festgelegten Möglichkeiten und Weichenstellungen zu erfassen.

Um diese unterschiedlichen analytischen Aufgaben nicht zu ‚entpolitisieren‘ wie dies in der Rede von ‚Oberfläche‘ und ‚Kernstruktur‘ ebenso geschieht wie etwa in der Entgegensetzung von ‚Politik‘ und ‚historischem Prozess‘, unterscheide ich sie als ‚primäre‘, auf das gesellschaftliche Ringen bezogene, und als ‚sekundäre‘, auf die verselbständigten Formen institutionalisierter Politikabläufe, bezogene Politik“ (Wolf 2001b, S. 229 f.).

Unterschieden wird demnach zwischen

1. einer sekundären Arbeitspolitik im Sinne von geronnenen Mustern institutionalisierten Handelns oder den „verselbständigten Formen institutionalisierter Politikabläufe“ sowie
2. einer primären Arbeitspolitik im Sinne von aus den unmittelbaren Arbeitsprozessen heraus erwachsenden Handlungsprozessen, die darauf zielen, Bedingungen der Verausgabung von Arbeit in einem weiten Sinne zu gestalten und Schutzvorkehrungen für die lebendigen Träger der Arbeit gesellschaftlich durchzusetzen.

Arbeitspolitisches Handeln wird also auch hier immer, ebenso wie bei H. Arendt, als das Handeln Mehrerer oder Vieler gefasst, oder aber als ein letztlich darauf zurückzuführendes Handeln von Professionellen in intermediären oder staatlichen Institutionen, die aus solchem Handeln erwachsen sind. In diesem Sinne kann man auch sagen, dass primäres arbeitspolitisches Handeln als ein Politik immer wieder neu konstituierendes Handeln begriffen wird, sekundäres arbeitspolitisches Handeln demgegenüber als schon konstituierte, dem primären arbeitspolitischen Handeln gegenüber verselbständigte Form institutionalisierter Politikabläufe. F. O. Wolfs Unterscheidung zielt vor allem darauf ab, einer Ausblendung primärer Arbeitspolitik entgegenzuwirken. Es führt insofern

gegenüber dem in den 1980er Jahren an der sfs entwickelten, v.a. auf die institutionelle Ebene gerichteten Konzept eines stabilen institutionellen Wandels im Wege einer „arbeitspolitischen Erweiterung von Interessenvertretung“ weiter. Durch diese Ausblendung, also das eingangs unter Rückgriff auf Kant formulierte „intellektuelle Hindernis“, entstehe sonst ein „Rationalitätsdefizit“, das dann „überwiegend durch das schlichte Festhalten an einmal gewonnenen Realitätsvorstellungen, die sich zumeist auf ältere Zustände der gesellschaftlichen Wirklichkeit beziehen, inhaltlich gefüllt „ werde. Dies taue dann aber „allenfalls für Reaktionen einer rein defensiven Verteidigungsabwehr als Kognitionsgrundlage“ (Wolf 2001, S. 231).

Dass bei genauer Betrachtung der gewählten Formulierungen auf der einen Seite eine gewisse Skepsis gegenüber dem (sekundären) politischem Handeln im Kontext verselbständigter Formen institutionellen Denkens und Handelns und auf der anderen Seite einige Sympathie mit dem (primären) Handeln der Vielen, im gesellschaftlichen Prozess Ringenden zu finden ist, scheint den aktuell zu beobachtenden Erosionsprozessen der Institutionen der Arbeit nur allzu angemessen – und es entspricht übrigens durchaus auch dem kritisch-distanzierten Blick, den man bei H. Arendt häufig entdeckt, wenn sie von den Berufspolitikern handelt, die den politischen Raum stellvertretend für die Vielen, und als einzige aktiv Politik treibend, besetzen. Auch sonst sehe ich eher deutliche wechselseitige Anknüpfungspunkte, unbeschadet der Kritik, die F. O. Wolf gegenüber dem Arendt'schen Arbeitsbegriff mit Gründen einwendet (Wolf 2004 a. a. O.). Ich würde außerdem vermuten, dass F. O. Wolfs Versuch, mit der Einführung seiner Unterscheidung einer „Entpolitisierung“ der analytischen Aufgaben entgegenzuwirken, wie sie etwa in der Entgegensetzung von ‚Politik‘ und ‚historischem Prozess‘ angelegt sei, sich ziemlich dicht bei H. Arendt befindet, wenn die z. B. das politischen Handeln als die Möglichkeit charakterisiert, „einen neuen Anfang zu setzen, etwas Neues zu beginnen, die Initiative zu ergreifen oder, Kantisch gesprochen, eine Kette von selbst anzufangen“ (Arendt 1993, S. 34).

Eine Frage bedarf dann allerdings immer noch einer vertiefenden Erörterung: Es ist die Frage danach, von welchem Punkt an denn von jenem primären arbeitspolitischen Handeln als wirklich politischem gesprochen werden kann. Es bleibt beim Rückgriff auf H. Arends Politikkonzept das gleiche Problem, das z. B. A. Gramsci bei seiner Unterscheidung von leidenschaftlichem Kampf um Interessen und politischem Kampf anzugehen versucht, wenn er von der „Katharsis“ als Voraussetzung zur Herausbildung des letzteren spricht (Röttger 2007). Wenn wir konkrete betriebliche Kämpfe - im Rahmen des jetzt begonnenen Forschungsprojekts also Standortkonflikte – näher untersuchen, werden wir in deren Entwicklung zunächst auf leidenschaftliche Kämpfe um Interessen sto-

ßen, in denen mehr oder weniger arbeitspolitisches Potential enthalten sein mag, und dann danach zu fragen haben, was sich davon in welchen Konstellationen oder unter welchen Bedingungen entfaltet.

- Gegenwärtige soziale Konflikte im Bereich von Industrie- und Dienstleistungsarbeit, die sich als Widerstandshandeln unterschiedlicher Beschäftigtengruppen entzünden - seien es relativ autonom von Gruppen hoch qualifizierter Beschäftigter geführte Konflikte wie der Siemenskonflikt<sup>36</sup>, seien es gewerkschaftlich initiierte, wohlkalkulierte Konflikte, die diese Beschäftigtengruppe argumentativ stark einbezogen haben, wie der Conti-Konflikt oder seien es die verschiedenen Streiks um Sozialtarifverträge, aus denen heraus sich ebenfalls autonome primäre arbeitspolitische Prozesse seitens der Streikenden entwickeln können, wie das Beispiel des Streiks bei BSH-Spandau am deutlichsten zeigt (Gester; Hesse o.J, 24ff) - können zunächst einmal als Interessenhandeln charakterisiert werden.
- Was man an allen diesen Konflikten zeigen kann, ist, dass es immer schwieriger wird, in ihnen Interessenausgleiche herzustellen – sei es im Wege von Kompromissbildungen mit dem Konfliktgegner, sei es im Hinblick auf Interessenausgleiche zwischen verschiedenen, möglicherweise auch unterschiedlich involvierten Beschäftigtengruppen.
- Was man auch zeigen kann, ist ,dass ernstliche Konfliktlösungen eine wirkliche Politisierung solcher Auseinandersetzungen zur Voraussetzung hätten. Am Beispiel eines anderen Konflikts, der Ärztestreiks 2005 und 2006, der keine einzige seiner tiefer liegenden Konfliktursachen einer wirklich tragfähigen Lösung zugeführt, allerdings viele dieser Ursachen für den externen Beobachter schärfer sichtbar gemacht hat, habe ich das im Einzelnen dargelegt (Martens 2007b).
- Man kann von daher auch argumentieren, dass in vielen heutigen industriellen Konflikten ein erhebliches arbeitspolitisches Potential virulent wird, dessen unkontrollierte Entfaltung von letztlich allen institutionell bedeutsamen und involvierten Konfliktparteien sorgsamst zu vermeiden gesucht wird.

---

<sup>36</sup>Der Ärztestreik von 2006 wäre hier ein anderes, tarifpolitisches Beispiel solchen relativ autonomen Interessenhandelns mit hohem arbeits- und gesundheitspolitischem Potential, das aber kaum wirklich entfaltet worden ist (vgl. Martens 2007b).



- Die Gewerkschaften machen allerdings zunehmend die Erfahrung, dass sie auf eine begrenzte Eskalation solcher Konflikte und darüber die Herstellung neuer politischer Räume, angewiesen sind, wenn sie überhaupt noch eigenes Handlungs- und Gestaltungspotential entwickeln können wollen. Dies gilt im Falle des Conti-Konflikts z.B. als eine von beiden beteiligten Gewerkschaften, IG BCE und IG Metall, ausdrücklich geteilte Erfahrung.<sup>37</sup>
- Insofern sind sie dann selbst an der Herstellung von neuen öffentlichen Räumen beteiligt, in denen Arbeitspolitik aus Prozessen primären, potentiell neue Arbeitspolitik konstituierendem, Handeln neu entfaltet werden kann. Andererseits weisen O. Negt und A. Kluge (1972, 75) bei ihren Analysen „proletarischer Öffentlichkeit“, analytisch wie an historischen Beispielen begründet, auf den folgenden Sachverhalt hin: „In der Geschichte der Arbeiterbewegung treten immer wieder Ansprüche der Arbeiter gegenüber der Öffentlichkeit auf, die von den Organisationen der Arbeiterklasse nur unbefriedigend beantwortet werden,“ und formulieren dann etwas später: „Die Bürgerliche Öffentlichkeit, die dem Arbeiter in Form seiner eigenen Organisation entgegentritt, bestätigt ihn in der Unfähigkeit, sich autonom auszudrücken.“ (a.a.O. 77)
- Damit ergeben sich schließlich zwei weitere Schlussfolgerungen: (1) Die tatsächliche Entfaltung primärer arbeitspolitischer Prozesse ist in den gegenwärtig zu beobachtenden Konflikten daran gebunden, dass die Gewerkschaften, die unbeschadet aller Prozesse der Erosion ihrer überkommenen institutionellen Machtpositionen immer ein wichtiger Akteur innerhalb dieser Konflikte sind, selbst ein Interesse daran entwickeln, einen „neuen Vermittlungszusammenhang“ von primärer und institutionalisierter, sekundärer Arbeitspolitik herzustellen (vgl. Martens 2007c), oder aber die Konflikte müssten schon aus sich heraus eine solche Dynamik entwickeln, dass die institutionalisierten Gewerkschaften – zumindest zeitweilig – „aus dem Spiel“ sind. Und (2) Jeder Schritt einer stabilen Entfaltung neuer arbeitspolitischer Räume im Wege der Herstellung eines solchen neuen Vermittlungszusammenhangs müsste sich zugleich als ein Schritt einer zunehmenden Auseinandersetzung um die Hegemonie, die Deutungshoheit in Bezug auf die Probleme

---

<sup>37</sup>Und das gilt, um ein anderes Beispiel anzuführen, ähnlich bei den Beteiligungsprozessen, die die IG Metall in ihren Konzepten wie „Tarif aktiv“ oder „besser statt billiger“ entwickelt hat (Wetzel 2005).

und Problemlösungsmöglichkeiten erweisen, die in den Konflikten zum Ausdruck kommen.<sup>38</sup>

Bedient man sich des im Anschluss an H. Arendt gesammelten und entwickelten Begriffsvorrats, so müsste man sagen:

1. Mit der in ihren Worten, „Entprivatisierung“ der Arbeit, und dem Entstehen immer neuer und erweiterter öffentlicher Erfahrungsräume als Ansatzpunkten einer „proletarischen Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) im Raum der privatkapitalistischer Produktion, ist sicherlich ein Raum entstanden und durch bestimmte institutionelle Vorkehrungen abgestützt worden, in dem primäres arbeitspolitisches Handeln von den Arbeitenden selbst immer wieder neu hervorgebracht, aber zugleich auch immer wieder institutionell begrenzt wird.
2. Folgt man H. Arendt's Überlegungen zur Politik wird man von politischem Handeln in der und in Bezug auf die Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit, bzw. genauer der Erwerbsarbeit, nur dann sprechen können, wenn es sich um das Zusammenhandeln Mehrerer oder Vieler handelt, wenn dieses Handeln sich in einem öffentlichen, zumindest betriebsöffentlichen, Raum vollzieht und wenn es aktiv auf die (Um)gestaltung definierter bzw. vorgegebener

---

<sup>38</sup>Den Begriff der Hegemonie an dieser Stelle systematisch zu erörtern, würde ein zusätzliches Kapitel erfordern. Ich verweise stattdessen auf eine eigene Mitschrift aus der jüngsten Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit vom Februar 2007 (vgl. auch [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)), auf der die Frage der Hegemonie in einem Statement von W. F. Haug und der daran anschließenden Diskussion eine gewisse Rolle spielte. W.F. Haug hat dort ausgeführt: „Entsprechend den Verschiebungen infolge der Globalisierung (China als „Werkstatt der Welt“, Indien als deren „Softwarebude“) entwickelten sich gesellschaftliche Stimmungen: Zukunftsoptimismus dort vs. Pessimismus, in den vollentwickelten Gesellschaften hier. Denn hier sei der Kapitalismus nicht mehr dazu in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Man vgl. die neueste Allensbach-Umfrage (FAZ): 20% der Bevölkerung erwarten Vorteile, 63% Nachteile von der Globalisierung, (20%: ganz ohne Chance, 20%: prekariätsgefährdet). Angesichts dieses Nichtfunktionieren des Kapitalismus. (Helmut Schmidt: „Die Pferde saufen nicht!“) werden ‚transkapitalistische‘ Erfindungen zu Problemlinderung eingesetzt: von der Ich-AG bis zum Kombi-Lohn; damit kommen wir zu dem für alle Sozialpolitik entscheidenden Punkt – zur Frage der ‚Hegemonie‘, d.h. wie sich die große Mehrheit der Bevölkerung selber begreift - dafür sind Erzählungen erforderlich, welche die Verhältnisse erklären, in die die Menschen in ihrem Leben eingebunden sind - dazu müssen wir die innerbürgerlichen kompensatorischen Erzählungsformen überwinden. Wir müssen einen zusammenhängenden Diskurs entwickeln, der diese erlebte Lage erklärt durch das strukturelle Defizit des gegenwärtigen Kapitalismus, der als später Kapitalismus nicht mehr dazu in der Lage ist, weiterhin jede Generation doppelt so reich zu machen wie die vorhergehende.“ Im Kontext der hier entwickelten Überlegungen wäre davon auszugehen, dass ein solcher Prozess nur denkbar ist in einem sukzessive zu entfaltenden Raum „proletarischer Öffentlichkeit“, durch den die gesellschaftliche „Passivitätskrise“ (Sennett 2006) überwunden werden könnte.

ner Arbeitsbedingungen gerichtet ist. Dies entspricht weitgehend dem Politikverständnis, das in den 1980er Jahren in der angeführten arbeitspolitischen Debatte an der sfs bestimmend war.

3. Von den alltäglichen Prozessen des Arbeitens und Herstellens aus betrachtet, zu deren Zweck die Arbeitenden in Fabrik, Werkstatt, Verwaltung etc. zusammenarbeiten, könnte man auch sagen: Es mag vielfältige Formen der Auseinandersetzung mit den dabei vorgegebenen Arbeitsbedingungen geben – von der Wahrnehmung von Exitoptionen über Absentismus bis z. B., verdecktem Konflikt handeln in Form von Sabotage, die sich von dem eigentlichen Arbeitshandeln unterscheiden lassen<sup>39</sup>, aber diesen Auseinandersetzungsformen muss deshalb keineswegs die Qualität des Politischen beige-messen werden.
4. Das gilt gleichermaßen für die alltägliche Tätigkeit professioneller Interessenvertreter, in der Bundesrepublik Deutschland also v. a. der Betriebsräte. Insoweit sie ihrer Arbeit in Ausschüssen und Gremien nachgehen - z. B. in Kooperation mit Angehörigen der Personalabteilung, Repräsentanten staatlicher Institutionen, sei es des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der beruflichen Bildung, in der Selbstverwaltung usw. – erscheint es sehr viel angemessener von Interessenvertretungsarbeit zu sprechen. Dies gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil es hier dezidiert um die Vertretung von Interessen geht und nicht um deren "Übersteigen" im Wege ihrer Transformation in politische Prozesse. Aber Interessenvertretungsarbeit kann sicherlich jederzeit politisch werden, wenn z. B. Konflikte aufgrund der Infragestellung eingeschliffener Routinen bzw. bis dahin akzeptierter institutioneller Muster aufbrechen.
5. Anschließend an die bei Negt/Kluge (1972) entwickelten Überlegungen zu „proletarischer Öffentlichkeit“ wäre die Herstellung entsprechender Öffentlichkeit in „Umkehrung“ zu bürgerlicher Öffentlichkeit zu verstehen als „von Konflikten ausgehende Organisierung von Konflikterfahrungen als Integrationsmechanismus einer alle Gesellschaftsglieder umfassenden, aufhebenden und niemals ausgrenzenden Öffentlichkeit.“ (Negt/Kluge 1972, 32) Es geht dabei nicht darum, dass sich in Konflikten „einfach“, aus sich heraus, „primäre Arbeitspolitik“ entfaltet, sondern deren Entfaltung (als Politik) bedarf dazu immer der geeigneten Formen der Organisation und Verarbeitung neuer Erfahrungen. Primäre Arbeitspolitik bedarf also der Entfaltung entsprechender öffentlicher Räume und der Herstellung eines neuen

---

<sup>39</sup>Wobei „Arbeitshandeln“ selbst schon ein Begriff ist, der mit den Arendt'schen Unterscheidungen schwerlich zu vereinbaren ist, denn bei ihr ist Arbeiten eben Arbeiten und Handeln immer schon für den Raum des Politischen reserviert.

Vermittlungszusammenhangs von primärer und institutionalisierter Politik, damit aus leidenschaftlichem Interessenhandeln Politik werden kann.

6. Die Analysen von O. Negt und A. Kluge machen sehr schön deutlich, dass öffentliche Räume, in denen im Kant'schen Sinne durch den „öffentlichen Gebrauch der Vernunft“ politische Prozesse entfaltet und über Sie gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten versucht werden können, (1) immer erst hergestellt werden müssen, dass dabei (2) bürgerliche Öffentlichkeit die öffentlich bedeutsamsten Prozesse der Produktion (von Leben und von Gütern) weitgehend ausspart und dass (3) die Frage, welche Erfahrungen durch den öffentlichen Gebrauch der Vernunft gemacht und verarbeitet werden können, sehr wesentlich davon abhängt, wie weitgehend es gelingt, das Ziel der „wahren bürgerlichen Politik, (einen) Republikanismus und ewige(n) Friedenszustand, der das Gegenteil der tatsächlichen Beziehungen der im ökonomischen Kampf stehenden Glieder der Gesellschaft darstellt“ (a.a.O. 32) zu konterkarieren.
7. Zu beachten ist beim Rückgriff auf die von O. Negt und A. Kluge angebotenen analytischen und historischen Begriffe (a.a.O. 9) allerdings, dass „proletarische Öffentlichkeit“ bei ihnen noch vor der Folie des „fordistischen Massenarbeiters“ entwickelt und diskutiert wird. Als Ansatz für einen am Ziel der Befreiung der lebendigen Arbeit orientierten Gegenbegriff zu bürgerlicher Öffentlichkeit impliziert das einerseits Probleme, wenn die Autoren fordern: „Öffentlichkeit im proletarischen Sinne darf überhaupt nichts in der Welt auslassen, sondern bezieht ihre Energie aus dem Verständnis des Gesamtzusammenhangs“ (a.a.O. 355). Denn hier wird nicht nur sehr grundsätzlich auf den Gegensatz von Arbeit und Kapital als einem von toter und lebendiger Arbeit abgehoben, sondern zugleich zumindest nahegelegt, diesen Gegensatz aus der, historisch begrenzten, Perspektive des proletarischen Pols der Gesellschaft in Gestalt des fordistischen Massenarbeiters auf dem Gipfelpunkt des fordistischen Regulationsmodells erfassen zu wollen. Dies muss heute im Blick auf die thematischen Foki wie auch die Akteure neuer sozialer Bewegungen als problematisch erscheinen. Auf der anderen Seite kann man aber auch nicht bestreiten, dass O. Negt und A. Kluge am Ende ihrer systematischen Analyse auf eine Zuspitzung von Widersprüchen abzielen, die ziemlich punktgenau den Kern der aktuellen Debatten um die Subjektivierung von Arbeit trifft, allerdings in der etwas emphatischen Begrifflichkeit der frühen 1970er Jahre.<sup>40</sup> Dies verweist darauf, dass ihr Analyseangebot auch heute noch fruchtbar gemacht werden kann.

---

<sup>40</sup> Die abschließenden Sätze der Analyse lauten: „Das Kapital folgt seinem ‚materialistischen Instinkt‘ einem Weg zunehmender Abstraktion: von den Gebrauchswerten, den menschlichen Bedürfnissen, den Interessen der Arbeiter, schließlich

## 5. Schlussbemerkung

Im Ergebnis der hier angestellten Überlegungen kann somit gesagt werden:

1. Im Zusammenhang mit dem Versuch ein Verständnis von Arbeitspolitik begrifflich präziser zu fassen und dabei eine tendenzielle Überdehnung eines mikropolitisch erweiterten Politikbegriffs zu vermeiden, wie er durch die Unschärfen des von F. Naschold und U. Jürgens eingeführten Begriffs der Arbeitspolitik nahegelegt wurde, ist der Rückgriff auf H. Arendts Politikbegriff durchaus hilfreich.
2. Dieser Politikbegriff weist in einer Weise auf die Ursprünge des Politischen in der griechischen Polis zurück, die für das Verständnis aktueller Depolitisierungsprozesse, die unter der Überschrift einer Krise der Politik dis-

---

der eigenen bürgerlichen Klasse, die den Kapitalismus hervor gebracht hat, usf. Könnte das Kapital diesen Weg zum insgesamt toten System, zu einer immer reineren Darstellung des Eigentums- und Kapitalverhältnisses konsequent beschreiten, so bestünde die Möglichkeit, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verewigen. Es muß aber, um auf diesem Wege vorwärts zu schreiten, in immer größerem Umfang Lebensverhältnisse, lebendige Arbeit, menschlichen Rohstoff aufnehmen. Der Kapitalismus muss sich am Menschen „verunreinigen“. Dies macht seine extreme Labilität aus. Gerade wenn der Kapitalismus das menschliche Bewußtsein und die Lebenszusammenhänge zum wichtigsten Rohstoff, zum Ort seiner Realisation macht, schafft er Verhältnisse, die zu fast jedem Zeitpunkt zu einer Revolutionären Explosion tendieren. Die Revolutionären Bewegungen nehmen aber ebenfalls, aus gegensätzlichen Gründen, an der spezifischen Labilität des gesellschaftlichen Verhältnisses teil. In der ersten Stunde jeder antikapitalistischen Bewegung muß diese, um sich zu stabilisieren, auf regulative Beziehungen, Organisationsformen. Öffentlichkeitsformen der toten Apparatur zurückgreifen. Das gewaltsam reagierende Leben kann sich nicht als Leben organisieren; es sucht soviel an toten, aber dafür unervalisierenden Tentenzen aufzunehmen dass es als Leben labil wird. Es gibt deshalb in dieser Phase der Entwicklung, kein Gleichgewicht, keinen Stillstand der Kräfte, kein System des Status Quo. Im Gegensatz zum Nationalsozialismusbleiben in der Phase des Imperialismus nach innen die Arbeiterorganisationen erhalten. Aber ihre Artikulationsfähigkeit wird abgelenkt vom Hauptgegenstand: der proletarischen Erfahrung als einem Ganzen. Ohne die Entwicklung der proletarischen Öffentlichkeit dienen auch die Reaktionsbildungen des Widerstands, seine starren Charaktere, zur Befestigung des Systems. Sie absorbieren, wenn Sie nicht die Entwicklung proletarischer Öffentlichkeit und die Organisierung proletarischer Erfahrungen vorwärtstreiben, die Substanz dieser Erfahrung. Die Organisationsfrage, richtig gestellt, betrifft deshalb auch für die westeuropäischen Länder den Kernpunkt der proletarischen Kulturrevolution: die Organisierung der kollektiven proletarischen Erfahrung. Wird diese Erfahrung nicht in den Formen proletarischer Öffentlichkeit organisiert, so bildet sie den Rohstoff für immer neue Aneignungsprozesse des Kapitals. (Negt/Kluge 1972, 309f) “

kutiert werden, in vieler Hinsicht erhellend ist. Folgerichtig findet man auch starke Bezüge in der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur.

3. Er ist zugleich relational auf H. Arendt's Begriffe von Arbeiten und Herstellen bezogen und liefert mit diesen Unterscheidungen ein begriffliches Instrumentarium, das für die Analyse heutiger Verhältnisse auch dann nützlich ist, wenn man berücksichtigt, dass sich die Räume und Gegenstände von Arbeit und Politik über die verschiedenen Epochen einer mehr als zweitausendjährigen Geschichte selbstredend tiefgreifend verändert haben.
4. Diese Veränderungen im Bereich von Arbeit und Politik mögen bei H. Arendt angesichts ihrer Arbeit an zunächst einmal klaren begrifflichen Unterscheidungen, v. a. im Hinblick auf die Entwicklung und Veränderung der gesellschaftlichen Arbeit und der Bemühungen ihr begrifflich beizukommen, wenig ausgeleuchtet sein, sie lassen sich aber im Anschluss an den von ihr angebotenen Begriffsapparat problemlos weiter verarbeiten.
5. Dabei ist hier argumentiert worden, dass es weiterführend sein dürfte, den Arendt'schen v. a. relational auf ihren Politikbegriff bezogenen und im Blick auf heutige Arbeitsverhältnisse unausgearbeiteten, Arbeitsbegriff zugunsten eines an Marx anschließenden Verständnisses zu überprüfen. H. Arendts in ihrer Totalitarismuskritik wurzelnde scharfe Kritik am Marx'schen Arbeitsbegriff wird also nicht geteilt. Im Gegenteil wird daran festgehalten, dass die Anknüpfung an den Marxschen Arbeitsbegriff nach wie vor produktiv ist.
6. Für die Unterscheidung von Arbeitsprozessen und daraus erwachsenden Handlungsprozessen – und nur letztere können dann Arbeitspolitik sein – läßt sich H. Arendt's Politikbegriff hingegen sehr gut fruchtbar machen. Insbesondere wird es so möglich, Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik sinnvoll zu unterscheiden.
7. Der im Anschluss an H. Arendt gewonnene Politikbegriff gestattet es, arbeitspolitisches Handeln im Sinne von politischem Handeln im und in Bezug auf das System der Erwerbsarbeit präziser zu fassen, als dies im ursprünglich mikropolitisch überdehnten Politikverständnis des Konzepts von Arbeitspolitik der Fall ist.
8. Dieser Politikbegriff ist zugleich in hohem Maße Anschlussfähig an die von F. O. Wolf vorgeschlagene Unterscheidung von primärer und sekundärer Arbeitspolitik. Allerdings muss man den Fehler vermeiden, jegliches kollektive Interessenhandeln das sich unter den heutigen Bedingungen subektivierter

und entgrenzter Arbeit in neuen Grenzkonflikten geltend macht (Peter 2007), sofort als politisch zu bezeichnen. Gerade ein anspruchsvoller Politikbegriff im Anschluss an H. Arendt (Politik als Übersteigen von Interessen und Herstellung eines Raums der Freiheit) zwingt hier zu weiteren Differenzierungen und macht es erforderlich, primäres politisches Handeln immer zugleich als ein Handeln zu verstehen und praktisch auch anzulegen, dass auf eine erweiterte Ausgestaltung schon institutionalisierter Räume von Freiheit gerichtet ist.

9. Für ein besseres Verständnis der Genese politischer Prozesse, die auch bei H. Arendt zwingend an die Herstellung entsprechender öffentlicher Räume gebunden ist, ist schließlich die neuerliche Lektüre der Untersuchung von O. Negt und A. Kluge zu „Öffentlichkeit und Erfahrung“ in hohem Maße anregend, auch wenn man sich heute aus verschiedenen Gründen schwer damit tun wird, deren in vielen Formulierungen noch auf den fordistischen Massenarbeiter bezogenes Konzept „proletarischer Öffentlichkeit“ einfach zu übernehmen und im Übrigen stärkeres Gewicht darauf legen wird, den Vermittlungszusammenhang von „institutionalisierter“ Politik – die zunächst immer in Formen bürgerlicher Öffentlichkeit zu denken ist – und neuer „primärer“ Politik - die insbesondere die „von Konflikten ausgehende Organisation von Konflikterfahrungen als Integrationsmechanismus einer alle Gesellschaftsglieder umfassenden, aufhebenden und niemals ausgrenzenden Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972,32) fokussiert – im Blick haben wird.

Zuletzt ist schließlich noch einmal auf die einleitenden methodologischen Bemerkungen zurückzukommen. Begriffe als Instrumente eines besseren Verständnisses unserer sozialen Wirklichkeit müssen nicht nur, wie an H. Arendts Arbeitsbegriff leicht zu zeigen ist, aber auch für die Differenzierung von primärer und sekundärer Arbeitspolitik ersichtlich wird, (1) ggf. weiterentwickelt werden, um der Dynamik gesellschaftlicher Veränderung Rechnung zu tragen. Es kann u. U. auch nicht nur sinnvoll sein, wie am Politikbegriff zu bemerken war, (2) auf ihre historischen Ursprünge zurückzugehen, um sich größere Klarheit zu verschaffen in Bezug auf die Ausgestaltung sozialer Ordnungen, die einmal möglich gewesen sind und von denen her sich Maßstäbe für zukünftige Risiken und Herausforderungen immer noch besonders klar gewinnen lassen. Die Begriffliche Fassung eines Gegenstandes ist schließlich (3) nicht nur relational, so wie z. B. die Begriffe von Arbeiten, Herstellen und Handeln bei H. Arendt systematisch aufeinander bezogen entfaltet sind und bei einem heute angemessenen Verständnis von Arbeitspolitik aufeinander bezogen werden müssen. Es hängt schließlich (4) auch von je spezifischen Erkenntnisinteressen ab - also von den Standpunkten, die man einnimmt: als wissenschaftlicher Beobachter, als Berater, der politische Stellungnahmen nicht scheut, oder als selbst handelnder poli-

tischer Bürger, der man zugleich auch ist -, ob man z. B. einen eher engen Politikbegriff wählt, um bezogen auf gegebene Institutionalisierungen krisenhafte Depolitisierungsprozesse besonders scharf erkennen zu können, oder aber einen weiteren bis in die Nähe mikropolitische Konzepte führenden Politikbegriff, wenn man z. B. neuen Ansätzen primären politischen, im vorliegenden Fall arbeitspolitischen, Handelns nachspüren will.

All dies verweist uns zuletzt darauf, dass sozialwissenschaftliche Erkenntnisarbeit immer auch Arbeit an und mit Begriffen ist, die mit einem gut geschärften Bewußtsein dafür erfolgen sollte, dass wir im wissenschaftlichen Diskurs in den heutigen Zeiten, in denen nach Auffassung einiger Wissensarbeit im sogenannten „mode 2“ zunehmend wichtig wird, immer noch darauf verwiesen bleiben, wenn wir wissenschaftlich arbeiten wollen, „die Arbeit des Begriffs“ (Hegel) auf uns zu nehmen. Die auf den ersten Blick ganz andere Formulierung J. W. Goethes, dass „Theorien (...) gewöhnlich Übereilungen eines ungeduldigen Verstandes (sind), der die Phänomene gern los sein möchte und an ihrer Stelle deswegen Bilder, Begriffe, ja oft nur Worte einschiebt“. (Goethe: Maximen und Reflexionen 812), mag zunächst auf den Vorbehalt des Künstlers verweisen, dem „das höchste Wäre, zu begreifen, dass alles Faktische schon Theorie ist“ (a.a.O.892). Er fährt aber fort, man ahne und sehe, dass die Theorien „nur ein Behelf“ seien, dass wir dessen aber „so sehr bedürfen“. Das gilt schon für jede unserer Alltagstheorien. Bei wissenschaftlicher Theoriearbeit, die etwas anderes ist als Wissensarbeit, indem sie auf Kumulation von Erkenntnissen, systematische Überprüfung theoretischer Annahmen, Methodeninnovationen bei ihrer Überprüfung usw. zielt, bei der es also im Kern um Wahrheit im Wege intellektueller Selbstreflexion geht und nicht um gesteigerte Nützlichkeit eines ökonomisierten Wissenschaftsbetriebs im Zeichen einer neuen, vermeintlichen „Wissenschaftsfreiheit“<sup>41</sup> sollten wir uns deshalb darum bemühen, zu möglichst fortschreitend verbesserten Behelfen zu gelangen.

## Literatur

- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg  
 Arendt, H. (1967): Vita activa oder vom tätigen Leben, München-Zürich  
 Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich  
 Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. (Hgg. von U. Ludz), München/Zürich

---

<sup>41</sup> In der „eine Universität nach dem Modell des Privatunternehmens(...) ihre *Tätigkeit dem Markterfolg unterordnen*“ soll (Zeuner 2007,3)



- Arendt, H. (2003): Denktagebuch (Hgg. v. U. Ludz und I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Barley, D. (1990): Hannah Arendt, Einführung in ihr Werk, Freiburg/München
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Bauman, Z. (2003): Flüchtige Moderne, Frankfurt a. M.
- BdWiHome/Forum Wissenschaft (2004): Neue Weltordnung, Neue Kriege. Globalisierung, Imperialismus und Empire, [www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm](http://www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm)
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt a. M.
- Beck, U.; Bonß, W. (1989): Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Wissenschaft und Praxis. In: Dies. (Hg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt a. M.
- Bell, D. (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Neuauflage 1996, Frankfurt/New York
- Biesecker, A. (1999): Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB), Paper 00504 der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen. In: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Brandt, G. (1984): Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie. In: Ders. (Hg.): Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt a. M.
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt. In: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167 - 186
- Brokmeier-Lohfing, P. (1987): Kann der Marxismus Institutionen begründen? In: Göhler, G. (Hg.) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen, S. 229 – 241
- Burawoy, M.A. (1982): Manufacturing Consent: Changes in the Labour Process unter Monopoly Capitalism, Chicago
- Castel, M. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Crozier, M.; Friedberg, E. (1979) Macht und Organisation – Die Zwänge kollektiven Handelns, Königsstein/Ts
- Deeke, A. (1982): Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft? In: Fricke, W.; Peter, G.; Poehler, W. (Hg.): Betiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen, Köln
- Deutschmann, C. (1997): Die Mythenspirale, Eine wissenssoziologische Interpretation industrieller Rationalisierung, in: Soziale Welt, 1/1997, S. 55-70
- Dörre, K.; Röttger, B. (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg
- Drinkuth, A. (2007): Die Subjekte der Subjektivierung. Handlungslogiken bei entgrenzter Arbeit und ihre lokale Ordnung, Berlin
- Faust, M. (1998): Die Selbstverständlichkeit der Unternehmensberatung. In: Howaldt, J.; Kopp, R. (Hg.): Organisationsberatung. Auf der Suche nach einem spezifischen Beratungsverständnis, Berlin, S. 147-181
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- Ferber, C. v. (1997): Sozialforschung – Ein zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung. In: ARBEIT, Heft 2, 1997
- Finley, M. I. (1981): Economy and Society in ancient Greece, London

- Franz, H.-W.; Howaldt, J.; Jacobsen, H.; Kopp, R. (2003) (Hg.): Forschen, lernen, beraten. Der Wandel von Wissensproduktion und –transfer in den Sozialwissenschaften, Berlin
- Fukuyama, F. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- Gadamer, H.-G. (1993): Über die Verborgenheit der Gesundheit, Frankfurt am Main
- Gärtner, P. (2004): Globalisierung als Epochenbruch?, [www.linxxnet.de/archiv/htext2.htm](http://www.linxxnet.de/archiv/htext2.htm)
- Gester, J.; Hesse, A. (0.J.):“Es geht nicht nur um unsere Haut“. Der Streik beim Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk in Berlin-Spandau, Berlin
- Göhler, G. (Hg.) (1987): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen
- Göhler, G. (Hg.) (1994): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied;Berlin
- Habermas, J. (1971/87): Hannah Arendt, in: Ders.: Philosophisch-politische Profile, erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main und Wien 1987, S. 223 - 248 (Erstausgabe Frankfurt 1971),
- Hartwich, H. (Hg.) (1964): Politik im 20. Jahrhundert, Braunschweig
- Haug, F. W. (1996): Was kommt nach dem fordistischen Marxismus? In: Das Argument, Jg.38, (2), S. 183 - 200
- Howaldt, J. (2004): Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der Wissensgesellschaft. Forschung und Beratung in betrieblichen Innovationsprozessen, Münster
- Husserl, E. (1962): Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie. Husserliana Bd. VI, 2. Auflage, Den Haag
- Jürgens, U.; Naschold, F. (1983): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit, Opladen (Leviathan Sonderheft 5/1983)
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Kocka, J. (2003a): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, Juni 2003, S. 29 - 37
- Kocka, J. (2003b): Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – Dimensionen eines Konfliktverhältnisses. Vortrag auf dem Symposium der Otto-Brenner-Stiftung „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“, Berlin 25.06.2003. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 10-11 2003, S. 610 - 616
- Knorr-Cetina, K. (2000): Die Wissensgesellschaft. In: Pongs, A. (Hg.): (2000) a. a. O., S. 149 – 170
- Kreibich, R. (1987): Wissenschaftsgesellschaft. Entwicklung und Zukunft der Wissensgesellschaft, Gelsenkirchen
- Kuhrana, T.; Müller, B. (2004): Der Arbeitskreis *Psychologie und Postmoderne*, [www.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/praktikum.htm](http://www.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/praktikum.htm)
- Lipietz, A. (1993): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge
- Ludz, U. (1993): Hannah Arendts Pläne für eine „Einführung in die Politik“. In: Arendt, H. (1993): Was ist Politik, München und Zürich, S. 137 – 187
- Martens, H. (1992a): Gewerkschaften als Interessenverband oder soziale Bewegung? Überlegungen zu einer irreführenden Alternative angesichts der Notwendigkeit einer arbeitspolitischen Erweiterung von Interessenvertretung, in: Ders.: Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftssoziologie. Gewerkschaftsforschung am Landesinstitut Sozialforschungsstelle, Dortmund, S. 175 – 196

- Martens, H. (1992b): Gewerkschaften als Institutionen der Arbeit: Acht Thesen zum Gutachten „Jenseits der Beschlusslage, in: ders.: a.a.O., S. 197 - 218
- Martens, H. (1994): Empirische Institutionenforschung – theoretische und methodologische Aspekte am Beispiel der Mitbestimmungsforschung, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen: zUm Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 273 - 300
- Martens, H. (2003a): Die institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft im Epochenbruch und die Rolle der Sozialwissenschaften. In: Dörre, K.; Röttger, B. (Hg.): Das neue Marktregime, Hamburg
- Martens, H. (2003b): Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der „Wissensgesellschaft“ und der Nützlichkeits- und Wahrheitsbezug der Wissenschaften. In: Katenkamp, O.; Peter, G. (Hg.): Die Praxis des Wissensmanagements, S. 196 - 223
- Martens, H. (2004a): Das Konzept der „Wissensgesellschaft“ und seine Leerstellen gesellschaftswissenschaftlicher Analyse, Dortmund (Manuskript), Veröffentlichung in Vorbereitung
- Martens, H. (2004b): Für und Wider den Epochenbruch. Argumente zu einem Fokus der bisherigen Debatte über „Arbeit in der neuen Zeit“, Dortmund (Manuskript), Veröffentlichung in Vorbereitung
- Martens, H. (2007a): Industriosozologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
- Martens, H. (2007b): Primäre Arbeitspolitik und neue Gewerkschaften im Gesundheitswesen. Der Ärztestreik 2006 als Beispiel primärer Arbeitspolitik in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, HBS\_Forschungsbericht, Düsseldorf (i.e.)
- Martens, H. (2007c): Primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik – ein zu erneuernder Zusammenhang, in: Peter, G. (Hg.) (2007): Grenzkonflikte der Arbeit, Hamburg
- Martens, H.; Steinke, J. (1993): Gewerkschaftliche Arbeit „vor Ort“. Lokale Arbeitspolitik als Zukunftschance, Köln
- Marx, K. (1967): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx, Engels, Werke, Bd. 23, Berlin (DDR)
- Naschold, F. (1985): Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik. In: Naschold, F. (Hg.): Arbeit und Politik – Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und soziale Sicherung, Frankfurt am Main
- Negt, O.; Kluge, A. (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt a. M.
- Ortmann, G. (1990): Mikropolitik und systemische Kontrolle, in: Bergstermann, J.; Brandherm-Böhmker, R. (Hg.): Systemische Rationalisierung als sozialer Prozess, Bonn, S. 99- 120.
- Perger, W.; Assheuer, T. (2000): Was wird aus der Demokratie? Opladen
- Peter, G. (1987): Staatliche Arbeitspolitik und Mitbestimmung, in: Fricke, u.a. (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1987, Bonn
- Peter, G. (1989): Mitbestimmung zwischen Arbeitspolitik und Interessenvertretung - >Skizze eines Forschungsansatzes, in: Martens, H.; Peter, G. (Hg.): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden S. 13 – 33
- Peter, G. (1992): Theorie der Arbeitsforschung. Situation-Institution-System als Grundkategorien empirischer Sozialwissenschaft, Frankfurt/New York
- Peter, G. (2003): Wissen Managen. Von der Wahrheitsfindung zur Ressourcenorientierung? Eine Einführung in die allgemeine Problemstellung. In: Katenkamp, O.; Peter, G. (Hg.): Die Praxis des Wissensmanagements. Aktuelle Konzepte und Befunde in Wirtschaft und Wissenschaft, Münster, S. 5 – 14

- Poehler, W.; Peter, G. (1982): Erfahrungen mit dem Humanisierungsprogramm. Von den Möglichkeiten und Grenzen einer sozialorientierten Technologiepolitik, Köln
- Röttger, B. (2007): Passive Revolutionen – ein Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Umwälzungen und der aktuellen Krise der Gewerkschaftspolitik, in: *Das Argument*, 270, 2/2007, S. 179-195
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Schiemank, U. (1988): Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteursfiktionen, in *KZfSS*, 4 1988, S. 619-639
- Schumann, M. (2002): Das Ende der kritischen Industriesoziologie? *Leviathan* 4/2002, S. 235 – 244
- Seitter, W. (2001) : Politik der Wahrheit, in : Klein, M.S. (Hg.) : Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken, Frankfurt/New York
- Sennet, R. (1998): *Der flexible Mensch*, Berlin
- Sennett, R. (2006): „An der Schwelle zum Zerfall“. Die US-Gesellschaft in der Passivitätskrise. Gespräch mit Ingar Solty, in: *Das Argument*, 264, 2006, S. 27-35
- Vernant, J.-P. (1980): *Travail et nature dans la Grèce ancienne*. In: Ders. *Mythe et pensée*, Bd. 2, Paris, S. 16ff
- Wetzel, D. (2005): Tarif aktiv - besser statt billiger Leitprojekte für eine veränderte Praxis, in: Detje, K.; Pickshaus, K.; Urban, H.-J. (Hg.): *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg, S. 161-171
- Wiesenthal, H. (1998): *Globalisierung als Epochenbruch – Maximaldimensionen eines Nichtnullsummenspiels* (Überarbeitete Fassung, Mai 1998)
- Willke, H. (1995): *Systemtheorie III: Steuerungstheorie*, Stuttgart/Jena
- Willke, H. (1999): Die Wissensgesellschaft „Wissen ist der Schlüssel zur Gesellschaft“. In: Pongs, A. (Hg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich*, Band I, München, S. 259 - 279
- Wolf, F. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? – Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten
- Wolf, F. O. (2002): *Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit*, Münster
- Wolf, F.O. (2003a): Primäre Wissenspolitik – Ein Konzept. Vortrag auf dem Workshop #####, (Manuskript)
- Wolf, F. O. (2003b): Was braucht Marxistisches Denken heute, um als ‚Theorie‘ existieren zu können? Ein Trilemma kritischen Denkens nach dem Ende der offiziellen Marxismen, Berlin (Manuskript)
- Wolf, F. O. (2004): Fragmente einer Kritik traditionell philosophischer Zugänge zur Arbeit, Berlin (Manuskript), Veröffentlichung im LIT-Verlag Münster im Rahmen eines Buches „Arbeitsglück“
- Wolf, F.O. (2006): Der Epochenbruch als historisches Periodisierungsproblem: Epochenmerkmale der jüngeren Vergangenheit, in: Scholz, D. u.a. (Hg.) (2006): *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft*, Münster, S. 180-192
- Zeuner, B. (2007): *Das Programm der Selbstverblödung*, Abschiedsvorlesung, [http://www.taz.de/index.php?w=wissen-artikel&art=1934&no\\_cache=1&type=98](http://www.taz.de/index.php?w=wissen-artikel&art=1934&no_cache=1&type=98)